

# AntifaZ

Antifaschistische Zeitung

Nr. 42

Juli/ August 1993

8. Jahrgang

Preis DM 2,50



## Inhalt

|            |  |
|------------|--|
| 3          | <b>Editorial</b>                                       |
|            | <b>Berichte</b>  |
| 4          | Gott, laß uns in unserem Blut nicht allein             |
| 15         | Runder Tisch in Recklinghausen                         |
| 18         | Der Tag X in Bonn                                      |
| 22         | Tag X in Recklinghausen                                |
| 25         | Antifaschistischer Bund Ruhrgebiet zeigt Konturen      |
| 27         | Ausländerautos bald nicht mehr haltpflichtversichert ? |
| 28         | Der Herner Abschiebeknast "Bergelmanns Hof"            |
| 37         | Ein Lied für Beko                                      |
| 39         | Lumpenjournalle  |
| 40         | Eine Mahnwache für Bosnien                             |
|            | <b>Kommentar</b>                                       |
| 36         | Zu den Aktionen am Donnerstag, den 24 Juni 1993        |
| 13         | Offener Brief an Devrimci Sol Gyeler                   |
|            | <b>Flugblatt</b>                                       |
| 24         | Unsere Wut übertrifft unsere Trauer!                   |
| 21         | <b>Impressum</b>                                       |
|            | <b>Kultur</b>  |
| 34         | Kultur ist auch wichtig ...                            |
| 33, 35, 43 | <b>Leserbriefe</b>                                     |
| 42, 44     | <b>Gedichte</b>  |



## EDITORIAL

Mit den Worten "**Gott, laß uns in unserem Blut nicht allein**" begann in Solingen nach dem **fünffachen Mord** von Faschisten ein türkischer Hodscha seinen Gebetsaufruf. Diesen, wahrhaft vieldeutigen, Satz schrieb Thea A. Struchtemeier auch über ihren mehrseitigen Bericht aus Solingen, der den Leitartikel für diese Ausgabe bildet - Thea war nach dem faschistischen Verbrechen mehr oder weniger rund um die Uhr in Solingen und auch an der Organisierung der bundesweiten Demonstration am 5. Juni beteiligt.

Als Reaktion auf die Ereignisse während und nach dieser Demonstration schrieb Klaus Dillmann einen "**Offenen Brief**". Außerdem dokumentieren wir ein Flugblatt der türkischen Organisation **DIDF**.

Es gelingt nicht mehr, Wut, Trauer, Angst oder Hilflosigkeit in Worte zu fassen, angesichts der täglichen Morde und Anschläge: Sechs Menschen verbrennen in einer Flüchtlingsunterkunft in Siegburg - der gleichgeschalteten Presse nur eine Randnotiz wert, die Getöteten hatten keine Nationalität, der Hintergrund des Verbrechens war selbstverständlich "nicht politisch", verhaftet wurde ein 57jähriger Mann, Brandursache angeblich eine brennende Zigarette. Schon nach zwei Tagen keinerlei weitere Notizen in der Presse, die Toten werden erneut getötet, totgeschwiegen.

In Dülmen wird ein kurdischer Asylbewerber im Beisein seines kleinen Sohnes von deutschen Tätern mit mehreren Schüssen hingerichtet - von den Tätern keine Spur. Die Polizei: keinerlei Anzeichen für "fremdenfeindliche" Motive.

Es gibt keinen Anlaß zur Beunruhigung, denn Deutschland ist ja ein, wie unser Kanzler es so treffend formulierte, "gastfreies" Land - nein, noch nicht ganz, Herr Kohl !

FAP- Faschisten verurteilen im öffentlich-rechtlichen Fernsehen die Morde in Solingen - nicht etwa, weil sie prinzipiell dagegen wären, aber die Methode ist ihnen zu umständlich, "das würde ja Jahrzehnte dauern, bis alle raus wären".

Das ist Deutschland 1993 .

Organisiert den Widerstand !

Ein Lichtblick in dieser Hinsicht: Antifaschistinnen und Antifaschisten bauen den **ANTIFASCHISTISCHEN BUND** im Ruhrgebiet auf, wir berichten über die Marler Mitgliederversammlung und die dort verabschiedete politische Plattform.

Weiter in dieser Ausgabe: Berichte von den Demonstrationen zum TAG X in Bonn und von einer Aktion an diesem Tag in Recklinghausen.

Wegen Überlastung konnte Aleksander den Teil VI der Serie "**Krieg auf dem Balkan**" noch nicht fertigstellen, zu diesem Thema gibt es jedoch einen Bericht von den Antikriegs-Mahnwachen in Lünen, verfaßt von Marckus Fröhlich.

Das Thema **Kurdistan/Türkei** nimmt in dieser Ausgabe einen geringeren Raum ein als sonst, obwohl die Lage sich gerade in den letzten Wochen zugespitzt hat. Wir können leider nur auf die Lumpenpresse a la **FOCUS** eingehen, außerdem bringen wir eine Besprechung des kurdischen Films "**Ein Lied für Beko**", der während der Dortmunder kurdischen kulturpolitischen Reihe "**Hevalti heißt Freundschaft**" gezeigt wurde.

Bruno schrieb eine Reportage über den **Abschiebeknast in Herne**.

Weiter gibt es eine Reihe Leserbriefe, Kurznachrichten und Gedichte.

Wann findet nun endlich der Marsch von Millionen Menschen nach Bonn statt, mit der ultimativen Forderung nach sofortiger Auflösung aller faschistischen Organisationen ?

Eure

AntifaZ-Redaktion

## "Gott, laß uns in unserem Blut nicht allein!"

Solingen im Juni 1993 und der  
"Solinger Appell - Dies ist auch unser Land!"

In der Nacht auf den 29. <sup>Neu</sup> August ermordeten Faschisten in Solingen 2 Frauen und drei Mädchen und verletzten 8 weitere Menschen schwer. Die jugendlichen Ausführenden des Mords setzten das Haus in der Unteren Wernerstraße 81 in Feuer, das vor über 13 Jahren von der Familie Genç gekauft worden war und in dem nun die Familie mit nahen Verwandten gemeinsam wohnte. Familie Genç und ihre Angehörigen stammten aus dem Ort Mercimek nahe der Kreisstadt Tasova in der Provinz Amasya. "Gurbet", die Fremde, war für einen Teil von ihr eine schon fast zweite Heimat seit über 20 Jahren. Einige Männer der Familie arbeiteten in der Textilfabrik Olbo.



**"Ein Anschlag auf die innere Sicherheit",  
aber "Der Verkauf geht trotzdem weiter"**

Bis über eine Woche nach dem hinterhältigen Mord, von Tag zu Nacht steigend, glich Solingen einer Stadt wie im Bürgerkrieg. Sämtliche Geschäftshäuser der Innenstadt waren verbarrikadiert, weil sich allmählich die Glasscheibenzertrümmerungen von

Sparkassen und anderen Banken auf die anderen Geschäfte fortsetzten, darunter auch Apotheken. Das, was mehrheitlich aufgebracht Männer in den Nächten an Sachschäden anrichteten, rückte nunmehr in die Schlagzeilen und verdrängte den Mord an den 5 Frauen türkischer Herkunft auf den zweiten Platz. Unabhängig von den nächtlichen Ausschreitungen verurteilte schon die Bundesregierung gleich im Anschluß die Morde als einen "Anschlag auf die innere Sicherheit" und nicht auf Menschen bzw. nicht als rassistischen Anschlag auf MigrantInnen. Trotz des entleerten Zustands der Solinger Innenstadt blieben ihre Handwerker und

Geschäftsleute nicht untätig. Schreiner besaßen zwecks Vernagelung der Schaufensterauslagen Hochkonjunktur, die Glaser spuckten sich schon im Vorfeld vor Arbeitseifer in die Hände, und die sachgeschädigten Geschäftsleute sprühten ganz unkonventionell auf die Holzlatten "30 % Rabatt wegen Glasschäden" oder nahezu trotzig "Der Verkauf geht weiter!". Damit verlegten sie ihren Schlußverkauf nur auf ein paar Monate früher. Nur wenige der Solinger

Geschäftsleute äußerten ihr Mitgefühl, indem sie "Wir trauern um den feigen Mord in Solingen" oder einfach 5 Kreuze an die Bretterwände pinselten - ein Symbolentwurf von "Solinger Künstlern", obwohl es sich bei den Ermordeten um Moslema handelte.

"Wir sitzen alle im selben Boot, doch die Politiker sitzen unten und wir gehen alle gemeinsam unter"

Die ermordeten Frauen und Mädchen Hatice, Hülya und Saime Genç im Alter von 18, 9 und 5 Jahren sowie Gülsüm Ince, 27 Jahre, und die sich auf Besuch bei der Familie befindende Gülistan Yüksel, 13 Jahre, rückten erst wieder am Donnerstag nach den Bluttagen infolge der offiziellen Trauerfeiern in den Mittelpunkt der Medien, die jedoch ebenso gespannt auf den sie warten lassenden Bundeskanzler und auf die prophezeite Randalen warteten. Letztere war vorprogrammiert, und deshalb trat sie auch mit aller Selbstverständlichkeit auf. Doch an diesem Donnerstagtag war bundesweite und nationaltürkische Trauer angesagt, der mehr Raum gegeben wurde, als berechtigten Protesten türkischer Gruppen, als der türkische Menschenrechtsminister Mehmet Kahraman, der ansonsten auch bei "öffentlichen Hinrichtungen" in Ankara in Erscheinung tritt, das Rednerpult betrat. An diesem Tag vereinigten sich bundesdeutscher mit großtürkischem Nationalismus, und angesichts dieses Spektakels konnte man sich allmählich nur wundern, wie es zu den 5 Särgen gekommen sein mußte, die im Vordergrund der Zeremonie aufgebahrt waren. Der Mord an den 5 Frauen und Mädchen in Solingen - doch nur die Tat "verirrter Einzeltäter", wie es Regierung und Presse glauben machen wollten? Ist Deutschland kein "ausländerfeindliches", besser gesagt "ausländerinnenfeindliches" Land, sondern nur ein Staat in einer Wirtschaftskrise, der auf Kosten von Rüstung und Rezession seine Sozialarbeit vernachlässigt hat? In Hattingen, eine Woche später zu fast tatgleicher Uhrzeit, hätte es ähnlich wie in Solingen kommen können, als es in der Unionstraße 20 brannte. Wie-

der wären beinahe Frauen und Kinder während des Schlafs getötet worden, die Männer arbeiteten auf der Nachtschicht. Einen Tag später wurden bei den Demonstrationen sowohl türkische als auch deutsche Fahnen in die Höhe gehalten. Identifikationen über Fahnen, Grenzen und Pässe, doppelt benutzt als eventuelle Vorwegnahme einer Doppelstaatsbürgerschaft, halten her, um einer unaussprechlichen Trauer oder Wut Rückgrat und Stichhaltigkeit zu verleihen. Sowohl die türkische als auch deutsche Presse verlautbarten gemeinsam: "Deutsche Frauen weinten *auch*" (Hürriyet 4. Juni 1993) oder "Wir könnten *alle* weinen" (WAZ, Hattinger Stadtteil, 7.6.1993, Hervorhebg. TAS). Deutschland - ein migrantInnenfreundliches Land, denn "schließlich sind nicht *alle* so", weil "dies ist *auch* unser Land"?

#### Bekennnis und Reinigung von Schuld

Ausdruck und Reinigungszeremonien von Schuldgefühlen beherrschten schon am ersten Tag des grausigen Geschehens die Tagesordnung. In den Medien steht es betuernd schwarz auf weiß, daß die Löschgruppen "sofort" an Ort und Stelle waren, jedoch kaum noch etwas anderes als Löscharbeiten ausrichten konnten. Umstehende wissen es aber anders. Demnach soll erst eine halbe Stunde nach den ersten Brandanzeichen ein Anruf bei der Feuerwehr erfolgt sein, woraufhin nur ein einziger Feuerwehrwagen anrückte. Erst eine weitere halbe Stunde später rückten zwei zusätzliche Wagen an, bei denen sich im letzten die rettenden Sprungtücher befunden haben sollen. Doch bis sie eingesetzt werden konnten, war Gülsüm Ince

# Grauzone

Oerweg 53, Recklinghausen 02361 - 27504

regelmäßig Live-Musik,  
täglich geöffnet ab 19 Uhr  
jeden Sonntag Frühstück von 10 - 14 Uhr

schon in den Tod getrieben worden. Als die Feuerwehr eintraf, waren Menschen nicht mehr zu retten. Sie waren entweder schon verbrannt oder hatten sich selbst ins Freie geflüchtet, wobei ihnen nur ein geringer Teil

"Mölln war noch weit weg, aber jetzt hier", war zu hören, einige Interviewte gaben an, sie finden "das alles schrecklich", und fügten hinzu, daß sie mit türkischen Männern verheiratet sind. Den umgekehrten Fall, daß



© TAS 93: Demonstration von Jugendlichen türkischer Herkunft an der Kreuzung der Kronprinzensraße

deutsche Männer mit türkischen Frauen verheiratet sind, hörte man hier nicht, sie hüllten sich auch bei Fragen eher in Schweigen und präsentierten sich lieber lautstark vor laufenden Kameras und eingeschalteten Mikrofonen.

### Mölln war anderswo

der deutschen Nachbarschaft mit Leitern und Decken zu Hilfe kam. Die umliegende BewohnerInnenzahl von über 10 mehrstöckigen Häusern schaute entweder zu oder berichtete, "wir haben geschlafen, wir haben nichts gehört", obwohl die Schreie der Verbrennenden und in den Tod Springenden "schrecklich und unvergeßlich" waren, wie die Anwohnerin Cläre Rocker erzählte, die selbst kräftig mit Decken als Sprungtücherersatz aushalf. Als eine weitere erste Helferin wird in der türkischen Presse eine Claudia Vollmer benannt. Cläre Tocker, die als einzige der Umstehenden bereit war, nicht nur zu helfen, sondern auch ihren Namen zu nennen, sagte noch Stunden später: "Ich fühle mich ganz miserabel." Sie kannte die Familie "vom Sehen" her, man grüßte sich, ging dann aber wieder seines Weges. Eine ältere Frau am Ort des Geschehens meint, "das sind doch keine Nazis, die das taten, das sind doch Halbstarke! Die Nazis sahen früher anders aus", andere wiederum fragten, "warum trifft es immer die Frauen und Kinder?" Auch

Die Meinung "Mölln war noch weit weg" wurde in den folgenden Tagen noch häufig geäußert. Dabei waren auch schon in Solingen wie in vielen anderen Städten auch eindeutige Anzeichen dafür sichtbar, daß dort Rechtsradikale und Neofaschisten aktiv am Werk sind. Schon seit dem 24. 6. 1992 war das Sportamt Solingen in Kenntnis gesetzt worden, daß die Solinger Kampfsportschule von Bernd Schmidt, Mitglied im Deutschen Kampfsportbund DHKKV, Rechtsradikale ausbildet, so u.a. die Verhafteten Christian Rieger und Felix X., wie "Kennzeichen D" in seiner letzten Sendung vom 16. Juni 1993 nachwies. Diese Kampfsportschule war auch schon bekannt geworden, daß sie Ernst Zündel, einem Leugner der Verbrechen an Jüdinnen und Juden, in Bonn Saalschutz geboten hatte. Bernd Schmidt ist Mitglied der rechtsradikalen "Bergischen Front"; jedoch gegen ihn wie auch gegen seinen Gesinnungsgenossen Wolfgang Schlösser sowie Bernd Koch wird von der Bundesanwaltschaft nicht

ermittelt. Bernd Koch ist plötzlich verweist. AnwohnerInnen der Unteren Wernerstraße hörten schon seit einiger Zeit vom nahegelegenen Waldstück Schüsse, und Spaziergänger fanden Patronenhülsen. Auf dem Spielplatz waren Hakenkreuze in den Sand gemalt. Über einen Monat zuvor wurde ein Anschlag auf die Merkez-Cami (von den staatlichen Diyanet-Moscheen unabhängig; fundamentalistische Rechte) verübt. 1 Woche zuvor wurde ein Stein durch das Fenster des türkischen Volksvereins geworfen. 3 Tage vor dem Anschlag auf die Familie Genç wurde ein Lebensmittelladen am Rathaus geplündert, und am Vorabend des Brandanschlags wurde noch die Polizei gerufen, weil die Mordopfer bedroht worden waren. Die Polizei war schon lange im Besitz von Unterlagen und Informationen über die "Bergische Front", doch bis zu dem tödlichen Ausgang des Anschlags in der Unteren Wernerstraße war nichts zum Schutz der türkischen MigrantInnen in Bewegung gebracht worden - weder von offizieller noch von inoffizieller Seite.

Auch Menschen anderer als türkischer Nationalitäten solidarisierten sich am Ort des Geschehens oder auf den späteren Protestkundgebungen kaum. Vereinzelt sah man in den italienischen oder griechischen Pizzerien Trauerbekundungen, doch dies blieben letztlich Einzelfälle. Ein türkischer Mann rief in die Menge: "Die Türken trifft es an erster Stelle", und ein weiterer fügte hinzu, "es trifft keine anderen Ausländer, weil die anderen EG-Bürger sind."

### Wahlrecht für alle Arbeitssklavinnen!

Wenn türkische Migranten mit Deutschen ins Gespräch kamen, hämmerten sie ihnen immer wieder ein: "Ihr müßt anders wählen", "Ihr müßt für das Ausländerwahlrecht eintreten" oder "wir sind über 2 Millionen Arbeitssklaven für euch, und ihr redet immer von Menschenrechten...". Ein spürbarer Bruch war zwischen den älteren Männern türkischer Herkunft und der sog. "zweiten Generation" zu spüren. Definierten sich die älteren eher über Arbeit, Steuerleistungen, Aufbau der neuen Bundesländer und ihnen vorenthalte Rechte, so riefen die Jugendlichen immer mehr zu Bewaffnung auf. Als der NRW-Innenminister Herbert Schnoor eintraf, wurde er ausgebuht, und seine ersten Worte zu den Protestierenden erschienen wie die eines Lehrers zu seinen Erstklässlern: "Seien sie doch ruhig, es nützt doch alles nichts."

Noch am selben Tag formierte sich gegen 15 Uhr der erste Protestzug, bei dem es möglich war, daß er sowohl vom "Türkischen Volksverein Solingen und Umgebung e.V." spontan organisiert wurde wie auch von einigen religiösen (nicht den ultrarechten Abspaltungen zugehörigen) Führern. Gemeinsam wurde die Kreuzung an der Kronprinzenstraße besetzt, ein Imam betete und rief "Gott läßt uns in unserem Blut nicht allein" und daß dieser Möglichkeiten für Frieden und ein Zusammenleben zwischen Deutschen und TürkinInnen schaffe, die Menge der Demonstrierenden betete, türkische und rote Fahnen

wehten. Später verlief der Zug, von wenigen Unterbrechungen abgesehen, friedlich durch die Innenstadt, und offizielle Stellen berichteten, daß sich an diesem Tag über 20.000 Menschen durch Solingen bewegt haben.

### Wenn die Fahnen wehen, sitzt der Verstand in den Hosen

Doch seit jenem Tag der friedlichen Kreuzungsbesetzung sollte diese Kreuzung an der Kronprinzenstraße ständig im

Jonglieren  
Fahrräder  
Theater  
Artistik  
Kunst

balance. Nichts sonst.

Kortumstr.5 4630 Bochum 1Tel.:0234 -12051/ 52 Fax:0234-64480

Mittelpunkt von Ausschreitungen zwischen türkischen Rechten und Linken stehen sowie des Nachts zwischen türkischen Rechten und der deutschen Polizei.

Für viele Außenstehende, die plötzlich Solidarität mit der betroffenen türkischen Bevölkerung äußern wollten, waren die Kämpfe innerhalb der türkischen Demonstrierenden völlig unverständlich. Viele Deutsche schlossen sich spontan denjenigen Protestzügen an, die gerade durch die Straßen zogen, unwissend darüber, ob sie von türkisch-nationalistischen oder demokratischen oder

auszumachen. Auch die türkische Rechte trägt "keine Glatzen wie hier".

### Deutsche Ignoranz, türkische Zerrissenheit

Bei der Frage, wie kann es zu einem Solingen, Mölln, Hünxe, Rostock, Hoyerswerda, Hattingen und anderswo kommen, die letztlich niemals monokausal zu beantworten ist, ist deshalb auch die sprichwörtliche Ignoranz der deutschen Einheimischen zu nennen, die sich niemals die Mühe machten, sich mit den

Landesbedingungen der MigrantInnen auseinanderzusetzen, und wenn, sie nur zu akzeptieren, wenn sie durch die bundesdeutsche Brille besehen und verglichen wurden. Aber auch einige demokratische wie linke türkische MigrantInnenvereine, die in Deutschland politisch arbeiten, haben in ihrer politi-



© Tas 93: 1. Spontandemonstration am Tage des Attentats gemeinsam v. Türkischen Volksverein und gläubigen Moslems

linkssektiererischen Spektren bestimmt wurden. Stießen die verschiedenen Fraktionen aufeinander, waren Deutsche ganz fassungslos, daß sich angesichts des Mordanschlags "mit einem Mal die Türken untereinander bekriegen" - als ob es politischen Differenzen in Deutschland nicht ebenso gäbe. Sicher, vor "den Autonomen" waren die deutsche Solidaritäten schon genügend gewarnt worden, und man sah sich entsprechend vor, nicht "bei den Vermummten" mitzulaufen, aber schließlich trägt bislang die türkische Linke keine "bunten Haare" oder "Ledernahkampfkleidung" wie "die Randalierer hier" und ist deshalb schwer als "solche"

schen Arbeit vernachlässigt, über die eigenen sozialen und politischen Hintergründe mehr Sachinformationen zu liefern. So wissen auch politisch gebildete Deutsche oft nicht den Unterschied zwischen den verschiedenen bspw. türkischen Fraktionen, wissen nicht, womit diese sich beschäftigen, wissen nicht, wen sie fragen dürfen oder wo sie es nachlesen könnten. Die demokratische und türkische Linke hat sich mit Deutschen über diese Fragen kaum auseinandergesetzt, sondern die EmigrantInnenpolitik, von Ausnahmen abgesehen, hat sich in erster Linie auf die Türkei und den Widerstandskampf dort gerichtet. Sie hat sich daneben aber nicht darauf

konzentriert, wie leben türkische und deutsche Menschen miteinander in Deutschland und wie ist ein gemeinsamer Kampf gegen Rassismus, Faschismus und den allzu oft unter den Teppich gekehrten Sexismus möglich. Viele politisch aktive TürkInnen bestätigten und kritisierten schon lange diese Politik der inneren Zerrissenheit, daß der Körper in Deutschland sei, doch das Herz in der Türkei. Und einige Deutsche, die bislang nie öffentlich Gewalttätigkeiten entschuldigt hätten, sogar einige VertreterInnen von den Grünen, äußerten mit einem Mal "Verständnis" für die Krawalle in den Nächten (Presseerklärung). Doch ließ solches "Verständnis" nach, als einige Kurden, empört über die nationalistischen Sprüche der letzten Tage, mit einem Mal diese Nationalisten verprügelten, deren Chauvinismus sie im eigenen Land vertrieben hatte. Die Auseinandersetzungen zwischen türkischen und kurdischen MigrantInnen werden deshalb auch hier in Deutschland kaum zu Ruhe kommen, wenn nicht die politischen Probleme in der Türkei selbst geklärt werden und Deutschland der türkischen Regierung nicht immer mit Waffen zu Hilfe käme, die sie auf die kurdische Bevölkerung richtet.

**Türkische Presse:  
Deutsche Regierung und  
PKK gemeinsam gegen  
Türken**

Eine Verquickung der deutschinländischen Rassismen der letzten Monate mit dem Rassismus in der Türkei gegen KurdInnen lieferte Oktay Eksi in einem Kommentar in der Hürriyet v. 30.5..93. Darin heißt es, daß sich die deutsche Regierung gemeinsam mit den Kurden bzw. der PKK "gegen Türken verbündet" habe. Eksi spielt dabei auf die europaweite Demonstration von 70.000 KurdInnen in Bonn am Tage des

Solinger Brandanschlags an, die "die deutsche Regierung zugelassen habe": Ein Tag nach dem Mordanschlag versammelten sich Frauen und Männer aus den unterschiedlichen linken, demokratischen und humanistischen Spektren, um gemeinsam in einem "Solinger Appell" zur Großdemonstration am 5. Juni aufzurufen.

**Solinger Appell -  
Ein schöner Land in dieser Zeit?**

Ziel der Solinger-Appell-Gruppe war es, eine Demonstration zu veranstalten, die "anders als die üblichen" ist. Zudem trugen die sich sichtbar entwickelten Hintergründe zu einer veränderten Demonstrationsauffassung bei, denn man sah, daß mittlerweile rechte wie linke Gruppen ihre eigene Politik über den Opfern von Solingen austobten und damit, wie ansonsten üblich in hochkapitalistischen Gesellschaften, Gefühle von Trauer

Aus der Türkei \*\*\*\*\* Aus Türkei-Kurdistan \*\*\*\*\* Aus der BRD

## Tatsachen

Zeitschrift der Föderation der Demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in der BRD e.V. (DIDF)

**2monatige Zeitschrift der Föderation der Demokratischen Arbeitervereine a.d. Türkei i.d. BRD e.V. (DIDF)**

- Beiträge zu den Themen
- AusländerInnenfeindlichkeit, Rassismus und Faschismus
  - Probleme der Antifa-Arbeit
  - Berichte und Analysen über die Entwicklung in der Türkei und Kurdistan
  - aus den Gefängnissen in der Türkei und Türkei-Kurdistan
  - kulturelle Aktivitäten
  - Internationale Solidarität

Einzelpreis: DM 2,50 + Porto  
Abonnentenbedingungen:  
10 Nummern 20,- DM + Porto  
20 Nummern 40,- DM + Porto

**Zu bestellen bei:  
DIDF  
Jägerstr. 77  
4100 Duisburg 11**

entfremdeten und verdrängten. Die Rangelei, wer steht und schreit in der ersten Reihe, wogegen oder wofür, nahm überhand, so daß Gefühle angesichts eines solchen Massakers kaum Raum besaßen, daß aus den Gefühlen heraus Kraft und Widerstand hätte wachsen können. Aus all den genannten Gründen kam

man zu dem Schluß, daß keine ParteienvertreterInnen und sonstige Prominenz ihr übliches Gerede halten sollten, sondern nur VertreterInnen ausgegrenzter Gruppen so wie Fatima Hartmann vom Rom e.V. Köln, eine Vertreterin für Flüchtlingsfrauen, eine Vertreterin der Familie Genç, so-

wie ein deutsch-türkischer Redebeitrag des Vorbereitungs Komitees. Zusätzlich sollte es keine kulturellen Einlagen geben, denn die Erfahrungen von Mölln brachten es mit sich, daß sich der türkische Musikgeschmack nicht zwingend dem deutschen annähern muß. Deshalb sollte dieses Mal der Schwerpunkt auf einer Trauerdemonstration mit menschlichen Aspekten liegen, von der die TeilnehmerInnen nachdenklich zurückkehren sollten.

#### Kultur und Politprominenz als Beruhigungsmittel

Doch zwei Tage später wurden solche Pläne wieder "über Bord" geworfen. Unter dem Vorwand, solche Trauerkundgebung ließe die Demonstrierenden in ihrem Frust allein und die Masse der Demonstrierenden brauche Vorbilder und Zukunftsperspektiven, ohne

die im Anschluß an solche Massenveranstaltung die Beteiligten alles kurz und klein schlägen, wurden - allen voran die DFG/VK, Pro Asyl, Pax Christi und einige unterschiedliche Gewerkschaftsvertreter, die obendrein nie zuvor an den Treffen teilgenommen hatten, jedoch ihre Rednertermine schon parat



© TAS 93: Im Hintergrund: Polizei sperrt türkische Faschisten ab

liegen hatten - ehemals gemeinsam gemachte Beschlüsse wieder zurückgenommen aus Angst, daß man als TrägerInnenkreis in der Folge mitschuldig sei an eventuellen Ausschreitungen. Als besonders perfide erwiesen sich Gewerkschaftsvertreter, als es darum ging, die Großdemonstration auch finanziell zu unterstützen. Vom DGB wurde verlautbart, daß, wenn er keinen Redner stellen dürfe, er letztlich auch keine finanzielle Unterstützung bewilligen könne. Wie selbstverständlich ließen sich diese gesammelten "Pazifisten", nachdem sie ihre Forderungen größtenteils durchgesetzt hatten, an den folgenden Tagen bei den Gesamtplena nicht mehr blicken ähnlich, wie die Gewerkschaften am 23. Mai des Tag X durch Abwesenheit glänzten.

Auch scheute man sich nunmehr, eineN VertreterIN der Familie zu Wort kommen zu lassen, hatte man doch über andere gehört, daß

sie - unter Beratung und Einfluß des türkischen Botschafters stehend - verlautbart hätte, daß sie während der offiziellen Trauerlichfeierlichkeiten am Donnerstag weder PKK- noch marxistische oder autonome Fahnen oder Symbole wünsche. Dabei hatte sich bislang niemand aus der Vorbereitungsgruppe selbst aufgerafft, persönlich in Kontakt mit der Familie zu treten, die Vorschläge zu unterbreiten und sich, wenn auch nur ansatzweise, mit ihr auseinanderzusetzen. Der "Solinger Appell - Dies ist auch unser Land!", unterstützt von mehrheitlich deutschen, jedoch auch türkischen Gruppen, fordert die Zerschlagung aller rassistischen und faschistischen Organisationen und ihrer Strukturen, sofortigen und generellen Abschiebestopp und Bleiberecht für alle MigrantInnen, ein vom Ehemann unabhängiges Aufenthalts-

recht für Frauen und ihre Kinder, Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft und des allgemeinen Wahlrechts, keine Gutscheinpraxis und Kürzung der Sozialhilfe für Flüchtlinge sowie, daß der Bundespräsident die Artikel-16-Änderung nicht unterschreibt. In der gemeinsamen Rede des Vorbereitungskomitees wurde zusätzlich ausgeführt: "Gerne sprechen unsere Politiker, besonders in den letzten Tagen, von unseren ausländischen Mitbürgern, aber de facto sind sie keine BÜRGER! Ihnen werden die wesentlichen bürgerlichen Rechte vorenthalten", und angesichts der steigenden wirtschaftlichen und sozialen Ungerechtigkeiten, dem Schüren von Ängsten vor einer unsicheren Zukunft hieß es: "Die Brandstifter sitzen in Bonn."

**Zerschlagung aller rassistischen und sexistischen Strukturen**

Weiter folgt die Rede, daß von nun ab deutlich gemacht werden müsse, daß "am Wohnort, am Arbeitsplatz, wo auch immer, Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Sexismus in unserer Gesellschaft keinen Platz mehr haben." Und zusätzlich führte die Rednerin Ulle Huth aus: "Morgen werden es andere sogenannte 'Minderheiten' sein: Andersdenkende, soziale Randgruppen, Alte, Behinderte, Schwule und Lesben. Dafür gibt es schon Beispiele. [...] Wir sind alle potentielle Opfer."

Trotz aller dieser guten Worte und des steten Rückgriffs auf ein humanistisches "wir", trotz SprecherInnenprominenz, Musik und Döner kam es während der Abschlußkundgebung auf dem Weyersberg zu Angriffen von türkischen Faschisten, Auseinandersetzungen innerhalb verfeindeter türkischer Linker sowie unnötigen Auseinandersetzungen zwischen Polizisten und autonomen Antifaschisten, bei denen sich die deutschen Polizisten brutal in die Menschenmenge prügeln (siehe dazu den Offenen Brief in dieser Nummer). Die BesucherInnen der Abschlußkundgebung wurden bei dem ersten brutalen Angriff der Faschisten, die sich schon vor dem sternförmigen Einzug der Demonstrierenden auf dem Kundgebungsplatz versammelt hatten, bis fast an die Bühne gedrängt.

**Kurdistan-Rundbrief**

Das Bulletin der Kurdistan- Solidaritätsbewegung und des Kurdistan-Komitees

erscheint alle 14 Tage  
die aktuellste deutschsprachige Publikation

- berichtet
- \* aus Kurdistan
  - \* über die Solidaritätsbewegung
  - \* von den Kurdenkongressen
  - \* Dokumente
  - \* u.v.a.

mindestens 8 Seiten  
26mal im Jahr  
Jahresabonnement 52,- DM  
Buch- und Infoläden bekommen 30% Rabatt, andere Weiterverkäufer bekommen das Heft für 1,-DM pro Stück

Bestellungen an:  
GNN-Verlag  
Zülpicher Str.7  
Postfach 260226  
5000 Köln 1

Überweisungen an:  
BfG Köln,  
BLZ 370 101 11, Konto Nr. 11 44 39 36 00  
oder an  
Postgiroamt Köln,  
BLZ 370 100 50, Konto Nr. 104 19-507.

**Hiermit abonniere ich ..... Exemplare des Kurdistan-Rundbrief**

.....

.....

.....

Ausschneiden u. schicken an:  
GNN-Verlag,  
Zülpicher Str.7,  
5000 Köln 1

Jedoch gelang es, die türkischen Faschisten vom Kundgebungsplatz zu drängen. Später, im Anschluß an die Rede des Vorbereitungskomitees, kam es zu erneuten gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen miteinander verfeindeten Fraktionen von Devrimci Sol, bei denen sich sowohl Einzelpersonen, Autonome als auch TeilnehmerInnen der "Jugend Europa gegen Rassismus" schützend zwischen die Fronten stellten. Nach Meinung des Vorbereitungskomitees hätte diese Konfrontation untereinander friedlich gelöst werden können, wenn nicht plötzlich die Polizei, und zwar von hinten, in den autonomen Block gesprengt wäre. Nach Meinung eines Polizeisprechers hätten die Polizisten in den Rucksäcken einer, eventuell auch von drei Personen Stangen gesichtet. Die verdächtigen Personen hätten sich jedoch widersetzt, ihre Rucksäcke durchsuchen zu lassen. Dies nahm daraufhin die Polizei zum Anlaß, in die gesamte Gruppe brutal hineinzugehen. Das Vorbereitungskomitee spricht von einem "eindeutigen Fehlverhalten" der Polizei. Denn zusätzlich, nachdem die Polizei mit einem Mal den autonomen Block angriff, kamen diejenigen zu Hilfe, die vorher damit beschäftigt waren, zwischen den miteinander verfeindeten Fraktionen von Devrimci Sol zu schlichten. Diese begannen daraufhin wieder mit ihren internen Streitereien, bei denen mit Stöcken, Steinen und Bierflaschen aufeinander losgegangen wurde. Im Anschluß an diese Auseinandersetzungen verließen viele den Kundgebungsplatz, so daß mitsamt der vorzeitigen Prognosen über anstehende Gewalttätigkeiten die erwartete Menge von über 50.000 auf unter 20.000 Protestierenden blieb.

Noch ein Nebenschauplatz innerhalb der Abschlußkundgebung, daß es trotz gemeinsamer "guter Worte" und "Wirgefühl" noch lange dauern wird, bis aus einem "wir" auch ein gleichberechtigtest "Wir" wird, das nicht mehr mit Ausgrenzungen arbeitet.

#### Die Ausgrenzungen gehen weiter

Durch die Übersetzung der Rede ins Türkische war es wohl das erste Mal innerhalb der türkischen Linke dazu gekommen, auch

andere sozial Ausgegrenzte wie Lesben und Schwule in aller Öffentlichkeit zu benennen. Das Ausdrücken anderer Orientierungen als die genormte Heterosexualität bzw. ein kritischer Feminismus gilt in der türkischen Linke als verpönt. Kurz nach Verlesen des Solinger Appells in türkischer Sprache gegen Rassismus und Sexismus verlas Taner Aday als Sprecher und Übersetzer des "Türkischen Volksvereins" eine Rede, in der er ein Gedicht zitierte, in dem von "unseren verbrannten Frauen und Kindern" die Rede war. Auf die Frage, was mit dem "unseren" gemeint sei, wem sie "gehörten", der Nation oder Männern, wurde das Problem, neben dem Anreden von Demonstrantinnen als "Demonstranten", als "nur ein Übersetzungsproblem" dargestellt. Nun kennt die türkische Grammatik in der Tat keine weiblichen Endungen wie im deutschen, jedoch spezifische Benennungen (z. B. erhalten weibliche Verwandte andere Bezeichnungen als Verwandte der männlichen Linie); auch ist im Türkischen das Wort "kadin = Frau" sehr geläufig, und auch der Einwand, selbst türkische Feministinnen würden solche Art der Sprachregelung als Ausgrenzung begreifen, wurde von dem Redner mit dem lauten Wort gegen Rassismus und andere Ausgrenzungen vom Tisch gewischt. Stattdessen hieß es, "türkische Feministinnen sind keine Türkinnen", und ganz unbürokratisch wurde ihnen die Staatsbürgerinnenschaft aberkannt und neu definiert in einem verächtlichen "sie sind Europäerinnen" (denn alles, was aus Europa kommt, ist ja bekanntlich nicht immer das Beste und dazu gehört vor allem der Feminismus usw. usf.). So ein Verhalten ist nur ein geringes Beispiel dafür, daß viele Grenzen in der Welt verlaufen, nicht nur zwischen Faschisten und "wohlanständigen Leuten", "oben" und "unten", und es zeigt, daß hinter der Maske einer opportunen und antirassistischen Wohlanständigkeit ein Männerchauvinismus lauern kann, der, wenn er seine Felle wegschwimmen sieht, auch in primitiven Nationalismus ausarten kann - es muß ja nicht immer auf der Bühne sein.

TAS

## OFFENER BRIEF

**An die Genossinnen und Genossen  
unter den Devrimci Sol Gücler  
- beide Fraktionen -  
und unter den Autonomen**

*Sie heben die Hände hoch  
sie zeigen sie her  
sie sind schon blutbefleckt  
und sind noch leer.*

Als Teilnehmer an der antifaschistischen Demonstration anlässlich des fünffachen Mordes an türkischen Frauen und Mädchen in Solingen am 5. Juni 1993 geriet ich mitten in eine handfeste Auseinandersetzung vor allem zwischen Männern beider Fraktionen von Devrimci Sol und wurde durch eine in die Luft geschleuderte Holzlatte leicht am Kopf verletzt.

Wenn ich an einer solchen Demonstration teilnehme, erwarte ich mögliche Angriffe von faschistischer Seite und rechne auch mit Übergriffen seitens der Polizei. Nicht einkalkuliert habe ich dagegen Gewaltakte seitens fortschrittlicher Kräfte. Meine erste Vermutung war denn auch, es mit einem plötzlichen Angriff der "Grauen Wölfe" zu tun zu haben.

Ich mußte mich dann aber durch einen Angehörigen von Dev Sol eines "Besseren" belehren lassen. Diesem riet ich, dabei mitzuhelfen, die Schlagwerkzeuge einzusammeln und zu zerbrechen, was er und andere dann auch taten.

Wer von Euch diese Schlägerei angefangen hat, weiß ich nicht. Es interessiert mich auch nicht sonderlich. Abgesehen davon, daß Ihr gegenüber den Veranstaltern Euer Wort gebrochen habt, einen Beitrag zum friedlichen Verlauf der Demonstration zu leisten, finde ich beschämend, wenn selbst ein Anlaß wie der in Solingen nicht dazu ausreicht, daß Ihr Eure Feindseligkeiten zurückstellt. Wer zudem Parolen wie "Yasasin önderimiz Dursun Karatas" (Es lebe unser Führer Dursun Karatas) auf einer solchen Demonstration zu suchen haben, ist mir unerfindlich.

Soweit ich unterrichtet bin, hat die Auseinandersetzung zwischen den "feindlichen Brüdern und Schwestern", die sich vor gar nicht langer Zeit noch als "Kern der Märtyrer der revolutionären Linken" verstanden hatten, bereits über 30 Überfälle auf Wohnungen zur Folge und mindestens vier Tote gefordert. Mit den Zielen, für die Ihr verbal eintretet, läßt sich ein derartiges Verhalten nicht in Einklang bringen. Ihr schlagt zur Zeit auf Eure eigenen Köpfe (und auf die Unbeteiligten, d.S.) ein, während sich der wirkliche politische Feind ins Fäustchen lacht. Glaubt nur nicht, daß die Menschen ein so kurzes Gedächtnis haben,

daß sie morgen nicht mehr wüßten, was Ihr gestern getan habt. Ihr seid den fortschrittlichen, demokratischen, antifaschistischen und revolutionären Menschen gegenüber Rechenschaft schuldig. Denn Ihr bringt durch Eure Vorgehensweise unser aller Anliegen in Verruf und macht es auch deutschen AntifaschistInnen schwer, für Euch Partei zu ergreifen. Auch wenn ich bisher nur von einigen wenigen Reaktionen auf diesen Brief erhalten konnte, bin ich sicher, daß ich mit dieser Feststellung die Haltung ausnahmslos aller fortschrittlicher Menschen in Deutschland wiedergebe. Das sollte Euch zu denken geben.

Als jemand, der Euch nichts Übles will und z.B. bestimmte kulturelle Erzeugnisse, die von Gruppen aus Eurem Umfeld geschaffen wurden, wie etwa die Musik der Gruppe Yorum, sehr schätzt, fordere ich Euch auf, mit Eurem haßerfüllten Streit aufzuhören und Eure Gegensätze auf politischem Wege auszutragen.

Wenn Euch das nicht gelingt, seht Euch nach geeigneten Personen um, die in Eurem Streit vermitteln können.

An die Autonomen gerichtet, möchte ich betonen, daß Eure Auseinandersetzung mit der Polizei der Demonstration einen ähnlichen Schaden zugefügt hat. Ich weiß nicht genau, ob ich die Schuld mehr Eurem Profilierungsbedürfnis und falsch verstandener Solidarität zumessen muß oder dem martialischen und provozierenden Auftreten der Polizei. Ich glaube aber, daß Ihr sehr kurzfristig auf eine entsprechende Provokation "abgefahren" seid. Auch bei dieser Auseinandersetzung gerieten Menschen, die an der Kundgebung teilnahmen, ungewollt zwischen die Fronten, und sehr viele verließen daraufhin fluchtartig den Kundgebungsplatz.

Auch in Solingen habe ich verschiedentlich Eure Anfrage an die Polizei "Wo wart Ihr in Rostock?" gehört. Zumindest an einer Stelle verhielt sich die Polizei, die in Rostock bei der Anzündung des dortigen AsylbewerberInnenheims einfach wegschaute, ähnlich wie in Rostock, nämlich an der Stelle, als durch Euer Mitwirken Scheiben der Deutschen Bank zu Bruch gingen - die Polizei schaute zu und griff nicht ein (Lernprozeß bei der

Polizei auf Grund der Beeinflussung durch die Parolen der Autonomen ? - d.S.).

Verständlich ist Eure Wut, nicht verzeihlich aber Eure Unvernunft. Wenn Ihr unbedingt einen Privatkrieg mit der Polizei ausfechten wollt, tut das gefälligst, wenn Ihr andere nicht mit hineinzieht. Sonst kann man Euch als Gruppe, mit der man Absprachen trifft, nicht ernstnehmen. Ihr bietet der Polizei lediglich die Chance, einen Sparringspartner in Natura zu haben, und isoliert Euch damit selbst. Als politische Perspektive ist mir das zu wenig. Wenn die Scheidelinie zwischen fortschrittlichen und reaktionären Menschen die Haltung zu den Menschenrechten darstellt, haben die fortschrittlichen Kräfte in Deutschland - im Vergleich zu den reaktionären - nicht so viel an Potential, daß sie Euer "Aussteigen" einfach akzeptieren könnten.

Insgesamt haben diese Szenen den Zielen dieser internationalistischen Demonstration großen Schaden zugefügt, was man leicht daran ablesen kann, welch gefundenes Fressen diese Auseinandersetzung für die Medien boten, die sowieso auf die Verteidigung der Asylpolitik dieses Staates

orientiert sind. Sie warfen natürlich das Verhalten der Grauen Wölfe, von dem die mit Brettern vernagelten Läden auf der Wegstrecke der Demonstration zeugten, mit unserem Verhalten in einen Topf. Und Ihr habt gewissen Gewerkschaftsführern im Nachhinein eine Rechtfertigung für ein internes Rundschreiben geliefert, in welchem die Gewerkschaftsbasis wegen der "zu erwartenden Gewalttaten" zum Fernbleiben von dieser Demonstration aufgefordert wurde.

Die durch diese gewaltsamen Auseinandersetzungen - nicht mit Worten - ausgedrückte Botschaft lautete jedenfalls, daß ein Mensch, der sich ohne Zugehörigkeit zu einer der aufrufenden Organisationen an einer Demonstration beteiligt, schnell "in Teufels Küche" kommen kann.

Märtyrer sind oft die ersten Opfer - auch eines falschen Weges. Also bitte keinen Mystizismus und keinen Größenwahn !

Klaus Dillmann

ANZEIGE

# Attatrol

Buchladen GmbH

- Papierwaren •
- Postkarten •
- Bücher •

Öffnungszeiten Mo-Fr 9-18.30 & Sa 9-14.00



• Herner Str./Ecke Paulusstr. •  
 • 4350 Recklinghausen •  
 • Tel. 02361-17002 •

## Runder Tisch in Recklinghausen

*Auch in Recklinghausen kam es - wie überall - zu spontanen Reaktionen auf die Morde in Solingen. Mehrere Male gab es nächtliche Autokorsos, die von jungen Türkinnen und Türken veranstaltet wurden. "Nazis raus" und "Ausländer bleiben, Nazis vertreiben" waren die am häufigsten gerufenen Parolen, aber es gab auch viele Türkei-Fähnchen und "Türkiye"-Rufe. Schon den zweiten Autokorso behinderte die Recklinghäuser Polizei und erzwang seine frühzeitige Beendigung, hierbei wurde die Recklinghäuser Polizeiführung von SPD-Polizist und Ratsmitglied Budschun in ihrem Vorgehen bestärkt, der eine derartige nächtliche "Ruhestörung für die Bürger" als nicht zumutbar bezeichnete. Und dies, obwohl selbst CDU-Kreise für die Hupkonzerte Verständnis aufbrachten, als "Deutschland Weltmeister wurde, habe sich auch niemand über die Hupkonzerte aufge-regt". Wohl durch die zahlreichen Protestaktionen erschreckt, ergriff auch der Recklinghäuser Bürgermeister Jochen Welt ("Das Boot ist voll") eine Initiative und lud verschiedene Menschen am 1. Juni 1993 zu einem Gespräch am "Runden Tisch" ins Recklinghäuser Rathaus ein.*

Wie es die bekannt demokratische Art dieses Bürgermeisters ist, hatte es natürlich nur ein "handverlesenes" Publikum geladen, mit dem er dann auch keineswegs, wie anfangs noch vollmundig behauptet, "beraten" wollte, wie man in Zukunft gegen Rassismus und Neofaschismus wirksamer agieren könne. Vielmehr stellte sich im Verlauf des Abends immer klarer heraus, daß Welt das Forum nur nutzen wollte, um sich selbst und seinen armseligen Vorschlag, "stadtteilbezogene Sicherheitsnetze für ausländische Mitbürger" aufzubauen, zur Schau zu stellen.

Nichts ist selbstverständlich gegen diesen Vorschlag einzuwenden, ihn allerdings zum einzigen Instrument zu erklären, ist völliger Unsinn. Daß genau dies aber die Absicht Welts war, zeigte sich daran, daß er alle anderen Vorschläge, egal ob sie von Vertretern der Grünen oder

des AFB kamen, schlicht und einfach nicht zur Kenntnis nahm oder für undurchführbar erklärte.

So bügelte Welt den Vorschlag des AFB, die Stadt möge für die Demonstration in Solingen Busse anmieten und als Stadt Recklinghausen zur Teilnahme aufrufen, mit dem demagogischen Hinweis ab, dafür sei die Stadt nicht zuständig, sondern die Recklinghäuser Bürgerschaft.

Große Worte fand er nur in seiner Eröffnungsansprache, als er von "Wut und Zorn über die Morde in Solingen" sprach und davon, daß jetzt "Lichterketten nicht mehr ausreichen".

Allerdings kamen dann nach den großen Worten sehr schnell die für diese Spezies von Politikern typischen Worthülsen, die die großen Worte als Schall und Rauch erscheinen ließen:

Im kleinen Recklinghausen könne man natürlich "keinen

Einfluß nehmen auf die Rahmenbedingungen der Politik", diese würden "in Bonn" bestimmt - er verschwieg natürlich mal wieder, daß er selber gerade, nur eine Woche zuvor, am 26. Mai durch seine Stimme für die Abschaffung des Artikels 16 maßgeblichen Anteil an der Ausgestaltung dieser "Rahmenbedingungen" genommen hatte - , auch beeilte er sich, in das Horn seines Kanzlers zu stoßen, daß eine der Hauptgefahren heute die "Nichtakzeptanz von staatlicher Gewalt und Autorität" sei - das richtete sich gegen die spontanen Proteste, gegen die berechnete Wut über die faschistischen Morde und lag schon ganz auf der Linie, die im Verlauf der folgenden Tage immer stärker seitens der herrschenden Politik eingeschlagen wurde: Die Opfer wurden immer mehr zu Tätern erklärt, die Proteste gegen die faschistischen Morde durch das

Eingreifen der Staatsorgane sollten immer mehr kriminalisiert werden, wie es dann auf der Großdemonstration in Solingen ja auch hervorragend gelang (über den Anteil von linken türkischen und deutschen autonomen Gruppen am Scheitern dieser Demonstration wird an anderer Stelle eingegangen).

Wie wenig dem Recklinghäuser Bürgermeister daran gelegen ist, daß tatsächlich breiter demokratischer Widerstand gegen den Neofaschismus auch im Kreis Recklinghausen entsteht, zeigte sich auch in der bereits erwähnten Auswahl der Gruppen, die ihm "genehm" sind: Natürlich die Ratsparteien, die Arbeiterwohlfahrt, die Stadtverwaltung, das Jugendamt, die Kirchen, die Gewerkschaften und auch der Deutsch-Türkische Verein, dann aber auch Schluß. Wie immer nicht eingeladen waren gerade die, die am aktivsten und hautnahesten antifaschistische und antirassistische Arbeit machen, z.B. der Flüchtlingsrat, der Antifaschistische Bund oder auch die Frauenorganisationen, kurz gesagt, alle die, die es von Zeit zu Zeit wagen, dem selbstgefälligen Bürgermeister seine Verlogenheit um die Ohren zu hauen. Das mag es nämlich nicht, und da wird er auch ganz privat und beklagt sich bitterlich, daß er von machen Gruppen nur "niedergemacht" würde, "nichts, aber auch gar nichts" mache er richtig, uns deshalb könne man von ihm auch nicht erwarten, daß er mit "solchen Leuten" zusammenarbeite.

Na, sei's drum, Herr Bürgermeister, trotzdem ist zu fragen, ob eine solche Haltung nun von einem souveränen Demokratieverständnis oder eher von der Haltung einer beleidigten Diva zeugt, der man nicht genug Unterwürfigkeit entgegenbringt. Es sei an dieser Stelle nicht verschwiegen, daß Welt auch

Ausführungen machte, die unsere Zustimmung finden: Die Morde sind nicht die Taten von einzelnen "Entwurzelten" (auch die mag es bisweilen geben), sondern in allererster Linie organisierte Gewalttaten von Rechts.

Auch ist ihm darin zuzustimmen, daß die spontane, aus der Wut heraus organisierte Gewalt kein Mittel zur Lösung der Probleme ist.

Beim "Einklagen von Rechten" fiel ihm dann allerdings auch wieder nur sein mehrmals wiederholter Satz von den "Rahmenbedingungen" ein, die eben ein kommunales Wahlrecht oder eine doppelte Staatsbürgerschaft verhinderten.

In den weiteren Beiträgen gingen vor allem türkische Jugendliche und Studenten nicht gerade sanft mit der herrschenden Beschwichtigungspolitik um.

So kritisierte Ali Toprak, 24 Jahre und Student in Münster, daß erst nach den Morden von Solingen türkische Menschen ins Rathaus eingeladen wurden - warum nicht vorher?

Er hob hervor, daß man Arbeiter gerufen hatte, es seien Menschen gekommen - nun werden Menschen verbrannt; vierzig Jahre nach dem Faschismus würden in Deutschland wieder Menschen wegen ihrer Rasse und Hautfarbe verbrannt. Nach der Wiedervereinigung sei Deutschland noch kälter geworden. Die Politiker machten "Lippenbekenntnisse", aber nur, weil sie um das Ansehen Deutschlands im Ausland fürchteten.

Ein "Höhepunkt" des Abends waren dann die Ausführungen des Recklinghäuser Polizeipräsidenten, Dr. Wirsdorf. Er hatte im Kreis Recklinghausen "keinerlei erkennbare Strukturen rechtsextremer Organisierung" festgestellt - weder die in Oer-Erkenschwick unter Leitung des

Bäckers Riefling agierende FAP, noch die in Marl agierenden NSDAP-AO, noch die Nazi-Skins in Dorsten, Herten und Hochlar, und auch nicht die rechtsgerichteten Schalke-Hooligans in Marl -, für Herrn Wirsdorf sind sie alle nicht existent.

Genau dies war und ist auch die Haltung von Politikern, Verwaltungen und Polizeiführungen in Solingen und anderswo: Nichts gewußt, nichts gesehen, nichts gemerkt.

Nur, wer soll derart fromme Märchen in diesem unserem Land heutzutage noch glauben? Nein, stattdessen hatte Dr. Wirsdorf fast philosophische Ausführungen parat: Das wie in Solingen könne "überall" passiere, in Deutschland, in Europa, in der ganzen Welt, denn die "Disposition zur Gewalt nehme weltweit zu" - na, prächtig!

Der im weiteren Verlauf des Abends von der Vertreterin des Deutsch-Türkischen Vereins, Angelika Scholz-Barthelmes, geäußerten Kritik, daß den Morden von Solingen ja gerade als Stichwort die Abschaffung des Asylrechts in Deutschland vorausgegangen sei, daß eine allgemeine Welle des Rassismus in Deutschland entstanden sei, daß die herrschende Politik sich massiv gegen alle Flüchtlinge und Asylbewerber richte, mochte Bürgermeister Welt "so nicht zustimmen", dies sei "zu einfach", man könne die Welle der Gewalt nicht zurückführen auf die "Asylrechtsänderung".

Auch Jamal Karsli machte konkrete Vorschläge, was seiner Meinung nach geschehen könnte, einige seiner Vorschläge lauten:

Gesellschaftliche Aufklärung als präventive Maßnahme, eine vernünftige Kulturpolitik, man müsse die Rolle der Ausländer in der Gesellschaft allgemein aufwerten, zeigen, daß

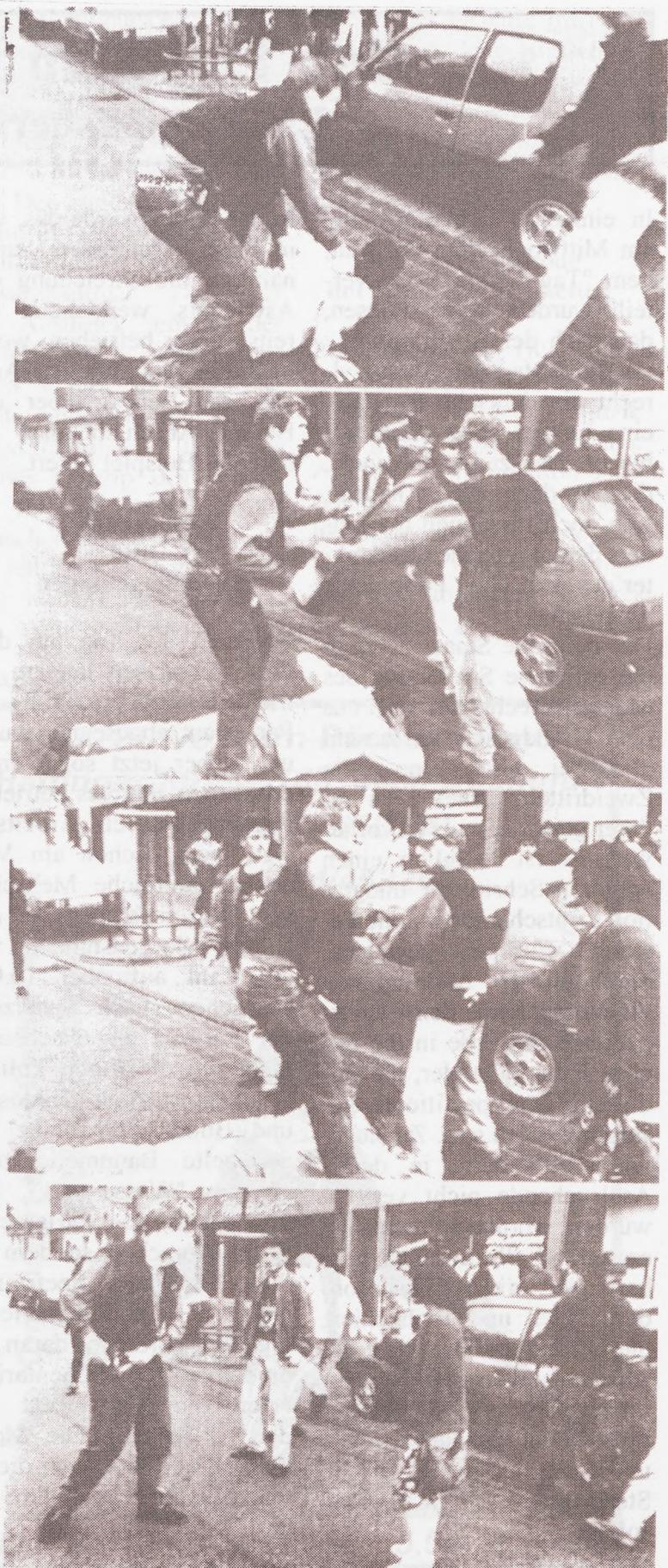
Ausländer ein wichtiger Wirtschaftsfaktor sind, man müsse Ausländern Mitspracherechte geben.

Anita Wolschendorf von den Grünen hob dann erneut hervor, daß sie in Zukunft darauf bestehen würde, daß tatsächlich alle demokratischen Kräfte an einem "Runden Tisch" zusammenkommen müßten, keinen Sinn habe ein bloßes "Forum für die Absegnung der Vorschläge des Bürgermeisters".

Nachdem auch einige Kirchenvertreter ihre größere oder nicht so große Hoffnungslosigkeit angesichts der Lage in Deutschland zum Ausdruck gebracht hatten, beendete der Bürgermeister die Sitzung - von einem weiteren Treffen des "Runden Tisches" ward nicht mehr gesprochen.

Zu den Bildern rechts: ➡

Bei der Kölner Trauerfeier zu den Solinger Morden, versuchte ein Zivilpolizist, einen türkischen Jugendlichen mit gezogener Waffe festzunehmen (taz vom 5.6.93)



KÜCHE AUS 100% NACHT GENIEßER

# KOKILLE

Original türkische Küche

Bochum, Südring 24  
Tel. 66611  
geöffnet  
Montags bis Sonntags  
18.00 Uhr bis 3.00 Uhr  
nachts

## Der Tag X in Bonn

### Ein Erlebnisbericht

In einigen Flugblättern, die am Mittwoch, dem 26. Mai, dem "Tag X", in Bonn verteilt wurden, war zu lesen, daß nach der Abstimmung im Bundestag über das Asylrecht die deutsche Republik eine andere sein werde als bisher. Das zeigt, daß viele, die dort demonstriert haben, sich noch Illusionen über einen demokratischen Charakter des deutschen Parlaments hingeben.

Der deutsche Staat ist durch die offizielle Streichung des Menschenrechts auf Asyl aus dem Grundgesetz an diesem 26. Mai durch eine satte Zweidrittelmehrheit kein anderer geworden, als er vorher war. Er ist lediglich einen weiteren Schritt zur Integration Deutschlands in eine Festung Europa gegangen, durch die der Andrang von Flüchtlingen aus den Elendsgebieten der Erde in die reichen Industrieländer, die von diesem Elend profitieren, gestoppt werden soll. Zu sicheren Drittländern, in denen Asylsuchende nicht verfolgt würden, wurden schlicht und ergreifend alle unsere Nachbarländer erklärt, insbesondere Polen und Tschechien, die künftig die Hauptlast der Abschiebungen von Flüchtlingen zurück in ihre jeweiligen Herkunftsländer tragen und dafür aus der deutschen Staatskasse entlohnt werden sollen.

In der Praxis wurde das, was in Bonn beschlossen wurde, nämlich die Streichung des Asylrechts, weitgehend bereits vorher betrieben, wofür in dieser Nummer der AntifaZ der Beitrag über den Herner Abschiebeknast ein beredtes Beispiel liefert.

#### Absperrungen und Umzingelungen

Obgleich der Tag, an dem diese schon seit langem betriebene Praxis durch das Parlament abgesegnet wurde und daher jetzt sogar frech erhobenen Hauptes betrieben werden kann, ein Arbeitstag war, waren schon am Vorabend zahlreiche Menschen vor Ort erschienen; in den frühen Morgenstunden war die Zahl auf über 10.000 Menschen (nach Schätzung der Polizei) angewachsen - nicht um die durch Polizei, Sondereinsatzkommandos und Bundesgrenzschutz abgeriegelte Bannmeile rund um das "Wasserwerk", den Tagungsort des Parlaments, zu durchbrechen, sondern um ihrerseits einen Sperrgürtel um diese Bannmeile zu legen und Abgeordnete daran zu hindern, die parlamentarisch erforderliche Mehrheit bilden zu können. Die Mehrheitsverhältnisse unter diesen hochbezahlten Vertretern der

begüterten Oberschicht (von wenigen Ausnahmen abgesehen) in diesem Kohls Lande waren nach der Weichenstellung in der SPD-Fraktion zugunsten des "Asylkompromisses" (d.h. der verbalen Aufrechterhaltung des Artikels 16 des Grundgesetzes bei faktischer Außerkraftsetzung desselben durch den hinzugefügten Artikel 16a) in deren Probevorlauf eh klar. Die Abgeordneten gelangten den auch nur per Schiff über den Rhein sowie per Hubschrauber zu dem Ort, wo sie ihren Finger zu heben hatten. Wer meinte, mit der Bonner U-Bahn zum Parlamentsgebäude zu gelangen, sah sich getäuscht. Ich selbst war mit einigen Mitgliedern des Demokratischen Arbeiter- und Jugendvereins Dortmund, die an diesem Tag ebenfalls arbeitsfrei hatten, frühmorgens im PKW nach Bonn gelangt, den wir in einem Ortsteil von Beuel auf der anderen Rheinseite abgestellt hatten, um zu Fuß auf der Kennedybrücke über den Rhein und dann per U-Bahn in die Nähe des Parlaments zu gelangen. Vorgeschobene Posten der Polizei patrouillierten bereits unauffällig auf der Beueler Rheinseite am Ufer entlang. Auf dem Weg von der für den Verkehr weitgehend gesperrten Kennedybrücke in Richtung Innenstadt standen Polizeipatrouillen praktisch an allen größeren

Straßenkreuzungen. Um rascher vorwärtszukommen, benutzten wir die U-Bahn Richtung Heussallee/Bundeshaus. An der durch Demonstranten gesperrten Station Heussallee fuhr die U-Bahn durch, ohne anzuhalten, was den Fahrgästen ordnungsgemäß angekündigt wurde. Wie wir später hörten, hatte ein Bundestagsabgeordneter geglaubt, sich mit einer Pistole den Durchgang erzwingen zu können, dann aber einige Verrenkungen unternehmen müssen, um seine Identität den zur Stelle geeilten Fotografen vorzuenthalten. Bilder davon gingen auch durch die Medien. Ob es der Redner Geiß (CSU) war, der im Bundestag eine schon an Goebels erinnernde Hetzrede gegen Flüchtlinge und Demonstranten abließ, war nicht in Erfahrung zu bringen. Jedenfalls befinden sich in diesem formal höchsten Organ des deutschen Staates recht saubere Früchtchen.

Die Umzingelung fand in brütender Hitze statt, und manch ein(e) Demonstrant(in) war der Sonneneinwirkung nicht gewachsen und wurde per Krankenwagen abtransportiert. Vertreten waren alle politischen Kräfte, die gegen die Abschaffung des Asylrechts waren, neben den Grünen und der PDS waren unter anderen auch Pax Christi, amnesty international, SJD Die Falken, Gewaltfreie Aktion und der NRW-Flüchtlingsrat mit eigenen Ständen vertreten, ferner die Autonomen. Hinzu kamen mehrere sozialistisch orientierte Gruppen sowie

einige nichtdeutsche, vor allem türkische und kurdische, Gruppen. Ein überzeugendes Flugblatt wurde von DIDD unter der Überschrift "Asylrecht ist Menschenrecht" verteilt. Den zunehmenden Rassismus in Deutschland brachte in herediten Worten ein schwarzhäutiger Deutscher zum Ausdruck: ein in der Flüchtlingshilfe engagierter Christ klagte seine Kirche an, die angesichts der Mehrheitsverhältnisse in Bonn ihr eigenes Prinzip des Eintretens für die Gleichheit der Menschen über Bord geworfen hatte. Wer noch Hoffnung in den Parlamentarismus setzte, konnte den

Ablauf der Debatte im Bundestag auf dem Bildschirm verfolgen; das Interesse daran war allerdings beschränkt, da den Anwesenden weitgehend klar war, was dort ablaufen würde.

**Die kurze Episode der Handgreiflichkeiten**

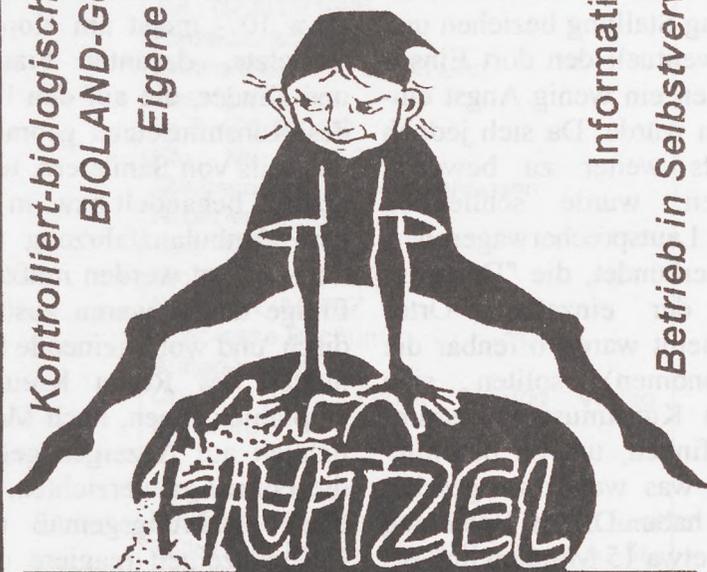
Am Eingang zur Heussallee, die den direkten Weg zum Parlament bildete, spitzte sich gegen Mittag für kurze Zeit die Konfrontation zwischen Demonstrierenden und hier besonders massierter Polizei zu, als von einem langsam heranfahrenden Lautsprecherwagen aus die Polizei

Anzeige

**HUTZEL Vollkorn-Bäckerei GmbH**  
**Hattinger Straße 188 4630 Bochum 1**  
**Tel. 0234/ 450590**  
**FAX: 0234/452268**

Kontrolliert-biologischer Anbau  
 BIOLAND-Getreide  
 Eigene Mühle

Informationen  
 Betrieb in Selbstverwaltung



Mo.-Fr. 10.00-13.00Uhr, 15.00-18.00Uhr

aufgefordert wurde, den Weg durch die Heussallee freizugeben. für etwaige Folgen bei Nichtbeachtung dieser Aufforderung trage allein sie die Verantwortung. Auf beiden Seiten wurden die Kräfte hier verstärkt zusammengezogen, einerseits Polizei, SEK und BGS, andererseits die z.T. schwarzmaskierten Autonomen. Ob auch Agents provocateurs darunter waren, war für mich nicht feststellbar. Plötzlich flogen Knallkörper, wie man sie von Neujahrsfeiern kennt, durch die Gegend und zerplatzten mit lautem Krachen; es gab ein kurzes Gerangel zwischen Demonstrierenden und Polizei; dann aber war klar, daß hier kein Durchkommen war. Von dem nach vorn geschobenen Lautsprecherwagen herab wurde die Polizei aufgefordert, sich wie in Rostock zu verhalten, was in der konkreten Situation bedeuten sollte, nicht einzugreifen, wenn die Bannmeile durchbrochen würde und man lautstark vor den Bundestag Stallung beziehen und so eventuell den dort Einsitzenden ein wenig Angst einjagen würde. Da sich jedoch nichts weiter zu bewegen schien, wurde schließlich vom Lautsprecherwagen herab verkündet, die "Delegierten der einzelnen Orte" (gemeint waren offenbar die Autonomen) sollten sich beim Kunstmuseum zusammenfinden, um zu beschließen, was weiter zu geschehen habe. Dieses Spiel zog sich etwa 15 Minuten hin, bis als Ergebnis mitgeteilt wurde, daß man angesichts der

Übermacht der Polizei mehrheitlich den Rückzug beschlossen habe. Dieser verlief aber keineswegs so, wie von dort angekündigt, sondern endete nach kurzem Gerangel mit der nunmehr das zuvor verlorene Terrain zurückerobernden Polizei in einem raschen Vorstoß der SEK- und BGS-Trupps, die zwar von den Flüchtenden mit leeres Coladosen usw. beworfen wurden, aber nunmehr ihr Mütchen kühlen mußten, indem sie auf alles prügelten, was ihnen vor die Füße kam. Während große Teile der Vermummten fluchtartig den Rückzug angetreten hatten, stellten sich den Staatskräften insbesondere Vertreter der Gewaltfreien Aktion und andere in den Weg, um der Prügelorgie lautstark Einhalt zu gebieten. Die genannten Polizeikräfte ließen von einer weiteren Verfolgung ihrer flüchtenden Widersacher ab. Nach etwa einer halben Stunde war der Spuk vorbei. Dieser Knüppelinsatz der Polizei hinterließ etwa 10 - meist am Kopf - Verletzte, darunter Frauen und Kinder, die auf den Hof des Kunstmuseums gebracht und teils von Sanitätern, teils ärztlich behandelt bzw. in einem Ambulanzfahrzeug abtransportiert werden mußten. Einige davon waren ausländisch, und wohlmeinende Sanitäter des Roten Kreuzes empfahlen ihnen, nach Möglichkeit auf Anzeigen gegen die Polizei zu verzichten, da diese erfahrungsgemäß mit Gegenanzeigen reagiere und vor Gericht Recht bekäme, auch wenn die Verletzten

sich persönlich nicht an der Auseinandersetzung mit der Polizei beteiligt hätten. So könne die Tatsache, einen Polizeiknüppelschlag auf den Kopf erhalten zu haben, unter Umständen zur Abschiebung des Verletzten führen. Eine durchaus realistische Suchtweise.

### Nachwirkung der Demonstration

Eine Bemerkung zu den Autonomen: Ich hatte das Gefühl, als spielten sie die Rolle der eigentlichen Vertreter des deutschen Volkes. So wirkte auf mich ihre "Naturtheaterinszenierung". In Wirklichkeit sind sie natürlich ebenso wenig die Vertreter des deutschen Volkes wie diejenigen, die in Bonn entschieden haben und überhaupt im Deutschland der "geistig-moralischen Wende" das große Wort schwingen. Falls sie das hatten zum Ausdruck bringen wollen, hätte man die Theateraufführung der Autonomen als eine durchaus gelungene Karikatur auf den deutschen Bundestag betrachten können. Sie dauerte, wie bereits gesagt, eine halbe Stunde, während die gesamte Aktion den ganzen Tag über ablief. Weil aber hier ein wenig Gewalt auch von Seiten Vermummter, die von den Berichterstattern unbesehen den Demonstranten zugerechnet wurden, auf Kameras gespeichert werden konnte, war für die Medien, die bis dahin von einem friedlichen Verlauf geredet hatten, plötzlich

die Gewalt von Demonstranten das alles beherrschende Thema, und was die Herren und Damen Abgeordneten den Flüchtlingen an Gewalt angetan hatten, erschien auf einmal als nebensächlich. In Medien unseres Nachbarlandes Niederlande sah das schon ganz anders aus: Dort wurde die Abschaffung des Asylrechts angeprangert und hervorgehoben, daß die Faschisten selbst gar nicht im Parlament sein müssen, um dort ihnen genehme Entscheidungen durchzudrücken. Die Polizeiaktion wurde als skandalös eingeordnet.

### Kritik

Selbstkritik kam aus den Reihen von DIDF: Sie geht dahin, daß DIDF zu dieser politisch wichtigen Demonstration zu wenig Kräfte mobilisiert und daher die Initiative und damit auch die Last der Verantwortung weitgehend den Autonomen überlassen hat. DIDF wäre in der Lage gewesen, weitaus mehr Kräfte nach Bonn in Bewegung zu setzen. Der Anlaß hätte mehr Beachtung verdient, weil an diesem Tag auf gesetzgeberischer Ebene eine Entscheidung gefällt wurde, die im Mord von Solingen einen praktischen Niederschlag gefunden habe. Die darin ausgedrückte Kritik trifft sicher auch auf andere Organisationen mit fortschrittlichem Anspruch zu, etwa auf die MLPD, die lediglich zur sicher notwendigen Solidarität mit dem vom philippinischen Staat mit einem Kopfgeld verfolgten

Vorsitzenden der Kommunistischen Partei der Philippinen, José Maria Sison aufgerufen hat, dem in den Niederlanden politisches Asyl verweigert wird. Wer so viele Kräfte mobilisieren kann wie die MLPD und ihre Jugendorganisation Rebell bei ihrem Pfingstjugendlager, darf bei solchen Aktionen nicht nur mit ein paar Leuten vertreten sein.

KD



CAFE IM LANGEN AUGUST



Mo-Fr 10-22 Uhr  
So 10-19 Uhr

Braunschweiger Str.22/Nordmarkt  
46 Dortmund 1 · Telefon 83 01 47

## AntifaZ

Die AntifaZ ist eine unabhängige Zeitschrift, die alle zwei Monate erscheint. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden vom jeweiligen Autor verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Englisch

Oerweg 28

4350 Recklinghausen

Tel.: 02361/ 26345

Redaktionsanschrift:

Antifa-Zentrum

Herner Str. 43

4350 Recklinghausen

Tel.: 02361/21686

Redaktionssitzung

Donnerstag, 19. - 20.00 Uhr.

Anzeigenkonto:

BLZ: 426 500 30

Kto. - No.: 1000 229 38

Stadtsparkasse Recklinghausen

Abonnentenkonto:

BLZ: 430 500 01

Kto.-Nr.: 334 01 027

Stichwort: AntifaZ

Sparkasse Bochum

Auflage: 1000

Druck: Deniz Druck & und Verlag,  
Duisburg

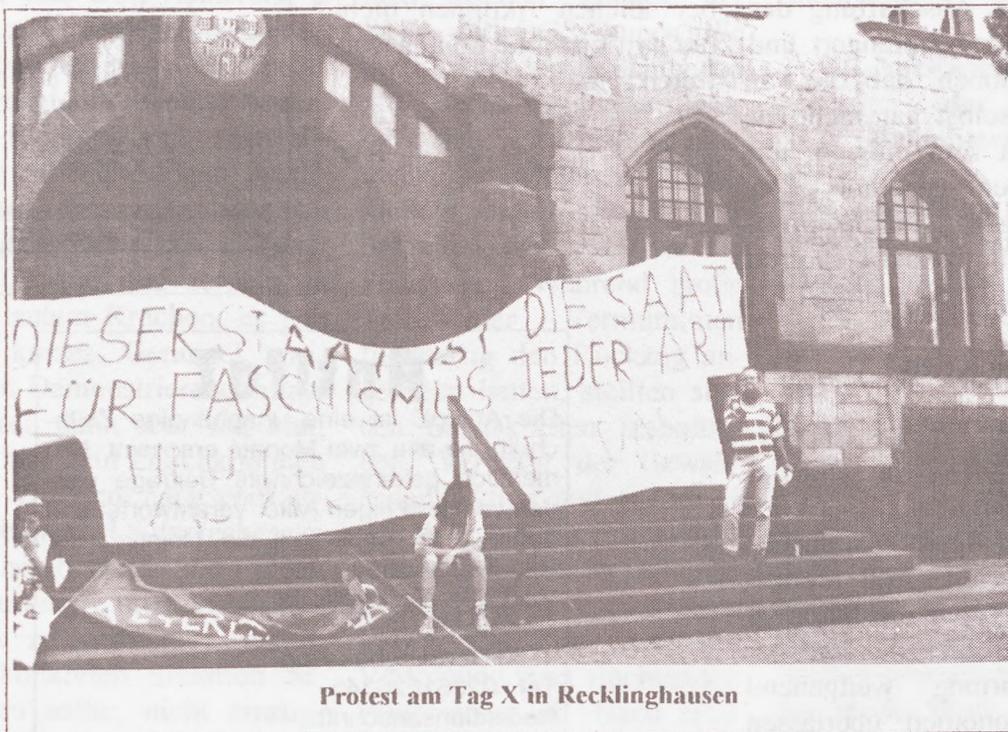
Mitgewirkt haben:

Wolfgang E., Karsten Sch., Ingrid und  
Folko W., Bruno, Klaus D., Thea A. St.,  
Antje Sch., Wolfgang T., Holger W.

## TAG X IN RECKLINGHAUSEN

Neben der Großdemonstration in Bonn kam es am Tag X auch in wenigen anderen Orten zu Aktionen - so zum Beispiel in Recklinghausen. Hier ging es nicht ganz so "kämpferisch" ab wie in Bonn, dafür aber sorgte die Polizei hier - zumindest zeitweilig - für einen gewissen Unterhaltungswert.

"16.00 Treff Alter Markt" - mehr war nicht bekannt, aber in der Antifa-Szene war durchgedrungen, daß irgendwas am Recklinghäuser Rathaus "verschönert" werden sollte.



Protest am Tag X in Recklinghausen

Um 16.00 Uhr waren mal knapp 60 Leute auf dem Recklinghäuser "Alten Markt" versammelt, ein Mitglied des Antifaschistischen Bundes (AFB) hielt eine kurze Megaphonansprache, und dann formierte sich spontan ein Demonstrationzug durch die Innenstadt hin zu den "Wällen". Am Rathaus bog der inzwischen auf immerhin etwa 100 Menschen "angewachsene" Zug auf den Rathausvorplatz, wo sich die Leute vor dem Haupteingang zu einer Art "Sitzblockade" einfanden - den Eingang zum Rathaus hatte der Pförtner kurz

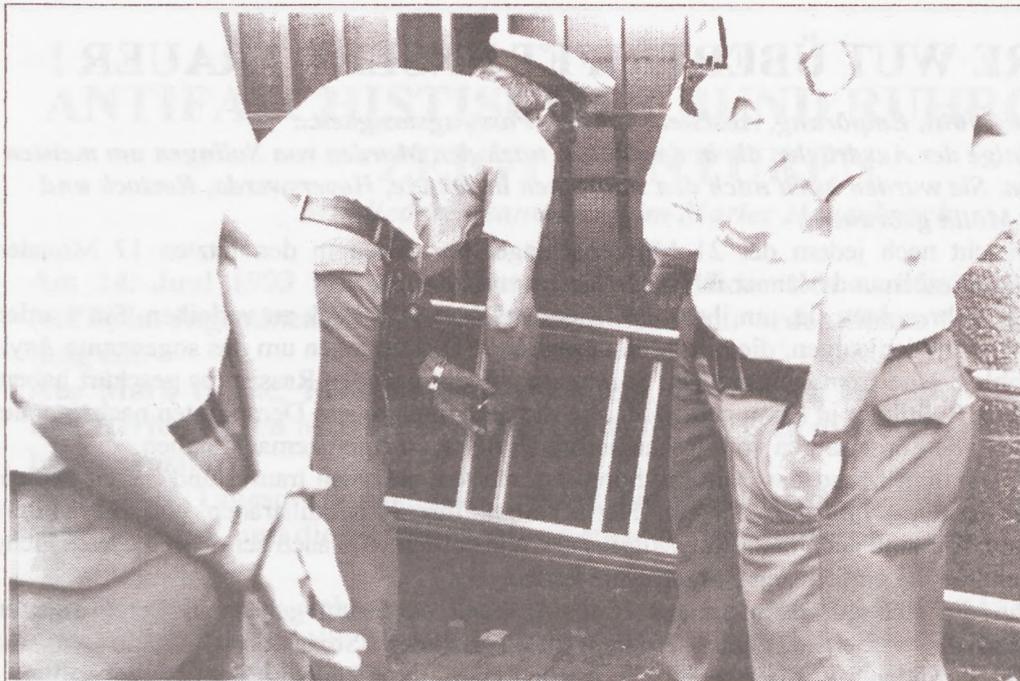
vorher durch das Herunterlassen des Eisengitters versperrt. Nun wurde ein riesiges Transparent vor dem Eingang aufgespannt. Viele meinten, daß das Transparent doch besser in luftiger Höhe an der Vorderfront des Rathauses angebracht werden sollte - aber wir?

Plötzlich kamen zwei Leute mit einer großen Leiter, die sich wohl zufällig irgendwo in der Nähe aufgehoben haben mußten - aber dank des martialischen Kampfeinsatzes der anwesenden 19 Ordnungshüter wurde der Versuch, das Transparent in größerer Höhe anzubringen,

vereitelt, die Leiter wurde kurzer Hand in Handschellen gelegt und an einem Regenrohr "vorläufig festgenommen".

Mit dieser Formulierung war nun der den Einsatz leitende Beamte, Schutzbereichsleiter Polizeidirektor Setzer, ganz und gar nicht einverstanden: Eine Leiter sei eine Sache und nicht etwa eine Person, sie könne gar nicht "festgenommen" werden. Aber man habe sie ja immerhin in "Handschellen" gelegt - nun, darauf wußte er dann nicht mehr zu antworten.

Überhaupt, den anwesenden Herren machte das Ganze jetzt keinen "Spaß" mehr, wie sie es ausdrückten ("Nun geht der



Leiter wird vorläufig festgenommen

verstümmeln, und deren Erfüllungsgeliffen in Staat und Polizei, sie maßen sich an, denjenigen, die dagegen zumindest noch auf der Straßen protestieren wollen, vorzuhalten, sie würden "Grundrechte" verletzen - verkehrte Welt. Nun, nachdem das letztlich doch eher lächerliche, nicht lustige, Geplänkel mit

Spaß aber zu weit"), und um das zum Ausdruck zu bringen, kündigte Setzer dem anwesenden AFB-Mitglied, der das Megaphon in der Hand hielt, eine Anzeige wegen "unangemeldeten Demonstrierens" an - interessanterweise erst jetzt, als man "keinen Spaß" mehr hatte. Bis zu diesem Augenblick hatte die Polizei zummin-

denis sogar so weit zu behaupten, man habe gegen das

Grundrecht der Meinungsfreiheit verstoßen, als man "unangemeldet" demonstrierte - Meinungsäußerung also nur nach "Anmeldung". Überhaupt Grundrechte: Es war schon mehr als grotesk: Diejenigen, die die die Grundrechte

Herrn Setzer beendet war, zogen die Menschen - nun nicht mehr als Demonstration, sondern nur noch als Individuen, zurück zum Recklinghäuser Alten Markt. Hier blieb es dann aber, wie Herr Setzer dann später der Presse aufatmend erzählte, völlig "ruhig" - wie lange noch?

dest den Eindruck erweckt, daß sie die spontane Demonstration zu "schützen" bereit sei (vor wem? - d. S.).

Die Anwesenden 100 Leute bekundeten zwar einstimmig, daß sie "spontan" demonstriert hätten, aber das beeindruckte den standhaften Herrn nicht.

Nein, er ging in seinem Demokratieverstän



Polizist hält Antifa-Transparent: Entlassungsgrund ?

## UNSERE WUT ÜBERTRIFFT UNSERE TRAUER !

*Entsetzen, Schamgefühl, Empörung, Abscheu, Trauer, Fassungslosigkeit...*

*Das sind wohl einige der Ausdrücke, die in den Tagen nach den Morden von Solingen am meisten gebraucht werden. Sie wurden auch nach den Pogromen in Hünxe, Hoyerswerda, Rostock und den Morden von Mölln gebraucht.*

Sie wurden gebraucht nach jedem der 21 Mordanschläge, bei denen in den letzten 17 Monaten ausländische Kinder, Frauen und Männer ihr Leben lassen mußten.

Ehrliche Menschen gebrauchten sie, um ihren ehrlichen Gefühlen Ausdruck zu verleihen. Sie wurden aber auch gebraucht von denjenigen, die mit ihren unsäglichen Diskussionen um das sogenannte Asyl- und Ausländerproblem eine fremdenfeindliche Stimmung erzeugt und den Rassismus geschürt haben. Sie wurden auch von Politikern in Bonn gebraucht, die die Standpunkte von Demokraten nacheinander aufgegeben und sich die Forderungen von faschistischen Parteien zu eigen gemacht haben.

Es widert uns an, aus dem Mund der Politiker hören zu müssen, sie seien traurig und hätten Mitleid mit ihren "ausländischen *Mitbürgern*". Nein, Herrschaften, Ihre Krokodilstränen und Ihr Mitleid brauchen wir nicht ! Wir sind auch nicht Ihre *Mitbürger*! Wie sollten wirs auch sein? Sind Sie es nicht, die uns seit Jahrzehnten die einfachsten Bürgerrechte verweigern ?

Sind Sie es nicht, die sich nur dann an uns erinnern, wenn es darum geht, von Ihrer eigenen Verantwortung für die Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und den Sozialabbau abzulenken und Sündenböcke dafür zu finden ? Wir bezweifeln die Aufrichtigkeit Ihrer Beileidsbekundungen !

Viel zu oft haben wir uns diese Märchen anhören müssen. Wir sehen keinen Unterschied darin, ob die Faschisten mit dem Märchen hausieren gehen, Ausländer würden den Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen, oder ob Ihr Arbeitsminister die Arbeitsämter anweist, bei der Besetzung von Arbeitsplätzen deutsche Arbeitslose zu bevorzugen.

Wir sehen keinen Unterschied darin, ob die Faschisten " Deutschland den Deutschen - Ausländer raus!" rufen, oder ob Sie Deutschland zu einer Festung ausbauen wollen.

Wir sehen keinen Unterschied darin, ob die Nazi-Parteien "Scheinasylanten raus!" fordern, oder ob Sie das Grundrecht auf Asyl abschaffen.

Auch Ihr Märchen von "Einzeltätern", das Sie uns nach jedem rassistisch-faschistischen Mord auftischen, möchten wir nicht mehr hören. Es sind keine "verirrten Waisenkinder", die eine Gefahr für die ausländische Bevölkerung darstellen. Die größte Gefahr für uns geht von Ihrer Politik, von Ihrem Ausländergesetz aus.

Sie tragen die Mitschuld an den Morden von Solingen. Die Erlasse Ihrer Minister, die 521 Hände, die im Bundestag für eine Änderung des Asylrechts erhoben wurden, Ihre die Nazis ermunternden und unterstützenden Erklärungen und Ihre Sündenbockpolitik sind Zeugnisse dieser Mitverantwortung.

Das rassistische Staatsangehörigkeitsgesetz muß geändert werden. Menschen, die die doppelte Staatsbürgerschaft haben möchten, muß dies ermöglicht werden. Allerdings wird ein zweiter, deutscher, Paß in der Tasche nicht viel nutzen, solange Sie diese Politik fortsetzen.

### AN ALLE AUFRICHTIGEN MENSCHEN, DIE GEGEN RASSISMUS UND FASCHISMUS SIND !

Das Gegenteil von Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Faschismus ist nicht eine gut gemeinte Ausländerfreundlichkeit und Solidarität aus Mitleid. Die Tarifvertragsbrüche, die Pflegeversicherung, der Solidarpakt, der § 218, Bundeswehreinräufe in Kriegsregionen treffen alle - Ausländer wie Deutsche.

Und die Verantwortung dafür tragen, genauso wie für die Morde in Solingen und anderswo, die Politiker in Bonn.

Die Menschen, die sie zu Sündenböcken dafür machen wollen, haben kein Mitspracherecht bei ihrer Bestimmung. Lassen wir uns nicht von ihren Krokodilstränen täuschen. Lassen wir sie allein in ihren Lichterketten ! Erheben wir unsere Stimme gegen diese Politik, die gegen uns alle gerichtet ist !

Verwandeln wir die Schweigemärsche zu Protestmärschen, wo wir unsere Forderungen - nach einem gleichberechtigten Zusammenleben von Deutschen und Ausländern, - nach einer Bestrafung der Mörder, - nach einer Auflösung aller faschistischen Organisationen erheben. Nur mit unserem gemeinsamen Kampf können wir weitere faschistische Morde an Ausländern, Flüchtlingen und deutschen Demokraten verhindern.

DIDF

## ANTIFASCHISTISCHER BUND RUHRGEBIET ZEIGT KONTUREN

*Mitgliederversammlung im Marler Hagenbusch*

Am 14. Juni 1993 fanden sich etwa 60 Mitglieder des Antifaschistischen Bundes (AFB) im Jugendzentrum Hagenbusch in Marl zur ordentlichen Mitgliederversammlung ein.

Aus Marl, Herne, Recklinghausen, Datteln, Dortmund, Haltern, Coesfeld, Dorsten und Herten waren Mitglieder und Freunde des AFB zu dieser öffentlichen Versammlung gekommen.

Wichtigste Tagesordnungspunkte waren die Diskussion über die aktuelle Entwicklung des AFB und die Verabschiedung einer neuen Plattform.

Außerdem wurde eine einheitliche Beitragsregelung (in Zukunft zahlen alle AFB-Mitglieder einheitlich 5,- Beitrag pro Monat) beschlossen.

Und zum Schluß der Versammlung wurden noch letzte Vorbereitungen für das Solidaritätskonzert des AFB am 25. Juni im Wanne-Eickeler "Haus der Jugend" (dazu unten noch mehr) besprochen. Die Aktivitäten der vergangenen Monate zeigen, daß der AFB immer deutlicher zu einer wichtigen antifaschistischen Kraft im Ruhrgebiet heranwächst. Seine Hauptstärke: die Begeisterungsfähigkeit und der Elan der Jugendlichen, die inzwischen das Bild des AFB nach außen (in positivem wie in negativem Sinn) prägen:

Demonstration und Kundgebung am 9. November 1992, Busfahrten zu den Demos am 30. Januar in Düsseldorf und am 5. Juni in Solingen, Solidaritätskonzerte und Antifa-Feten wie in Herten und Marl, finanzielle Unterstützung der AntifaZ und der Aktionen zum "Tag X", Störaktionen gegen Nazis und andere Rechtsaußen wie den Manager der Fascho-Band "Störkraft", Thorsten Lemmer, oder den Vertreter des reaktionären Deutschland-Forums, Heinrich Lummer, etc.

Aktive AFB-Gruppen gibt es inzwischen in Herne, Marl und Recklinghausen, und es wird sicher bald auch in anderen Städten welche geben.

Wir dokumentieren im folgenden die auf der Mitgliederversammlung verabschiedete neue Plattform - wobei hinzuzufügen ist, daß zwei weitere Passagen beschlossen wurden, deren Formulierung uns bei Redaktionsschluß noch nicht vorlag: ein Passus zum Kampf gegen den Sexismus und ein weiterer Abschnitt zur herrschenden "Bevölkerungspolitik".

### PLATTFORM DES ANTIFASCHISTISCHEN BUNDES ( A F B )

Der A F B ist ein Zusammenschluß von Menschen im Ruhrgebiet, die gemeinsam einen Beitrag gegen die Gefahr eines neuen Faschismus in Deutschland leisten wollen.

Wir treten ein für das freie und gleichberechtigte Zusammenleben von AusländerInnen und Deutschen, für eine Gesellschaft ohne Repression und ohne soziale Not.

Wir lehnen jeglichen Rassismus und Sexismus ab und bekämpfen nationalistische Hetze.

Wir treten ein für internationale Solidarität und Völkerfreundschaft, für die Aufhebung des ungeheuren Unterschieds zwischen Arm und Reich in dieser Welt.

Mag dies alles auch von vielen als utopisch bezeichnet werden - wir sind überzeugt, daß diese Ziele in Zukunft Wirklichkeit werden.

Jede und jeder, die bereits sind, mit uns gemeinsam für diese Ziele einzutreten, sind bei uns willkommen.

Denn: Die Gefahr einer faschistischen Herrschaft ist wieder Realität geworden in Deutschland. Sie hat eine Reihe von Ursachen, die in ihrer Gesamtheit zu sehen sind:

#### 1. Der erstarkte deutsche Nationalismus

Mit dem "Anschluß" der Gebiete der DDR haben reaktionäre Kräfte in Deutschland insgesamt Aufschwung erhalten. Forderungen wie die nach einem "Deutschland in den Grenzen von 1937" wurden vor wenigen Jahren nur von den Neofaschisten vertreten und sind heute gemeinsamer Bestandteil der Politik aller reaktionären Parteien.

Eine immer rücksichtslosere AusländerInnenpolitik, die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl und alltägliche rassistische Gewalt gegen Minderheiten jeder Art sind Zeichen des erstarkten deutschen Nationalismus.

Eine Forderung wie "Deutsche Arbeitsplätze für deutsche Arbeiter" ist heute offizielle Regierungspolitik.

## 2. Neuer deutscher Militarismus

Schon immer hat die BRD versucht, auch auf militärischem Gebiet in aller Welt dabeizusein - sei es im Golfkrieg oder auf dem Balkan. Letztes Beispiel ist der Einsatz deutscher Soldaten in Somalia, aber dies ist erst der Anfang.

Lange Zeit herrschte in Erinnerung an zwei Weltkriege, die von Deutschland angezettelt wurden, der Wunsch vor, von deutschem Boden solle nie wieder Krieg ausgehen, auch das ist vorbei.

Mit der Wiedererlangung von ökonomischer und politischer Stärke geht Deutschland daran, eine eigenständige Militärpolitik zu entwickeln, deren Konzept im Kern die militärische "Verteidigung des Zugriffs auf die Rohstoffe" in den Ländern der drei am meisten ausgebeuteten Kontinente Asien, Afrika und Lateinamerika darstellt.

Daneben besteht heute vor allen das Ziel, in den Gebieten der ehemaligen UdSSR Fuß zu fassen.

Waffenlieferungen in alle Krisengebiete - Deutschland ist inzwischen der drittgrößte Waffenlieferant in der Welt -, "Bruderhilfe" an das türkische Regime für die faschistische Unterdrückung des kurdischen Volkes und die gesetzliche Absicherung von Bundeswehreinheiten in aller Welt ("out of area") sind deutliche Hinweise auf den neuen deutschen Militarismus.

## 3. Faschistische Organisierung

Die faschistische Organisationstätigkeit ist in ganz Deutschland nach dem "Anschluß" große Schritte vorangekommen - auch die politisch-programmatische Konsolidierung geht voran.

Das Konzept der Errichtung eines nationalistischen, volksgemeinschaftlich ausgerichteten, von AusländerInnen freien, disziplinierten und kulturell "gesäuberten" großdeutschen Reiches wird im wesentlichen von allen Kräften des Neofaschismus geteilt, es reicht in wichtigen Punkten in die politischen Aussagen der "etablierten" Parteien hinein.

Eine grundlegende Absage an die heute herrschenden Parteien auf rechtsorientierter Grundlage hat breite Teile der Bevölkerung erfaßt, was

objektiv die Gefahr der Entstehung einer neuen faschistischen Massenpartei in sich birgt.

## 4. Das Wiederentstehen der Volksgemeinschaft

Nicht erst seit den massiven "Solidaritätsoffern" für - angeblich - die Menschen aus den "neuen Bundesländern" wird deutlich, daß ein Kurs verschärften Sozialabbaus durch die Lüge von den "gemeinsamen" Opfern übertüncht wird. Angeblich sollen die Opfer von "arm" und "reich" gemeinsam erbracht werden. In Wirklichkeit werden aber - wie gehabt - in erster Linie den Lohnabhängigen die Kosten zur Bewältigung der Krise aufgebürdet. Es sind die arbeitenden Menschen, die ihren Arbeitsplatz verlieren, während sich die Unternehmer gesundsanieren.

Es handelt sich um einen fortschreitenden Konzentrationsprozeß in den deutschen Konzernen, die in Europa längst die Führung innehaben und auf dem Weltmarkt um mehr Anteile kämpfen.

Um dies zu verschleiern, soll erneut eine "deutsche Solidargemeinschaft" entstehen. Schon heute sind die Arbeitslosenzahlen in Deutschland höher als Mitte der 20er Jahre - allerdings sind die Abwehrkämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter vergleichsweise schwächer entwickelt.

## 5. Der Staat betätigt sich als Steigbügelhalter für die Faschisten

Die Erfahrung, daß bei antifaschistischen Aktionen auf Seiten der Faschisten zu finden ist, ist inzwischen verallgemeinerbar. Dieser Staat verdient kaum noch das Attribut "demokratisch", er ist in weiten Bereichen nur noch repressiv und autoritär.

Es ist bekannt, daß Teile der Polizei faschistisch organisiert sind. es ist auch nicht neu, daß faschistische Aufmärsche von staatlicher Seite geduldet und geschützt werden

Tatsache ist, daß noch immer - laut Grundgesetz - jegliche faschistische Tätigkeit, Propaganda und Organisierung verboten sind, und deshalb treten wir nach wie vor für die Durchsetzung dieses Verbots ein.

## 6. Großdeutschland strebt wieder nach Weltmacht

Nicht nur die Unterstützung von antidemokratischen Regimen wie in der Türkei und Südafrika zeugen seit Jahrzehnten davon, daß Deutschland nach wie vor nach Macht und Einfluß in der Welt strebt.

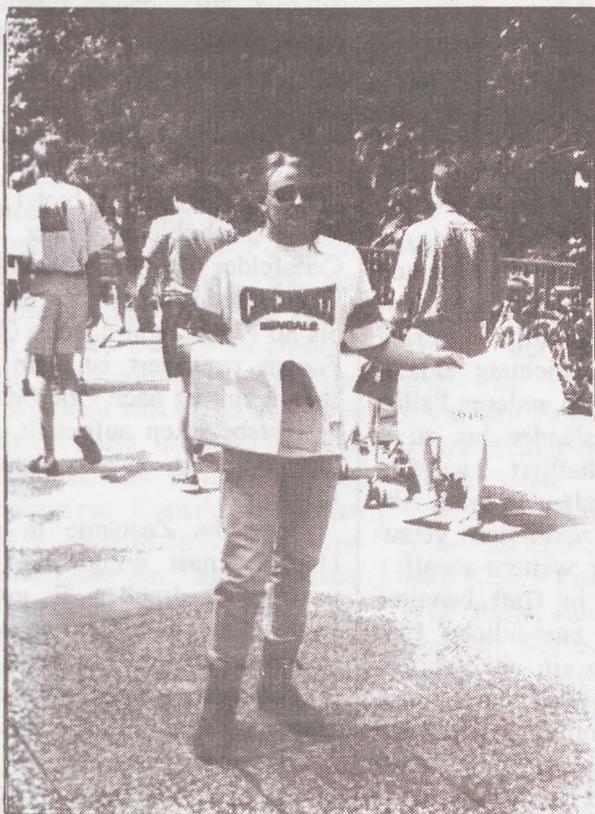
Nach dem Anschluß der Gebiete der ehemaligen DDR ist dieses Bestreben gewaltig gewachsen - die weiten Gebiete des Ostens sind ein ungeheurer Anreiz für die großdeutschen Bestrebungen. Gekoppelt ist dieses Streben immer mit einer aktiven Politik gegen fremde Völker, insbesondere gegen deren Streben nach Freiheit und Unabhängigkeit. So hat Deutschland schon immer an der Unterdrückung solcher Kämpfe aktiven Anteil gehabt, sei es in Irland oder Chile, sei es in Südafrika oder Kurdistan, oder sei es beim Kampf der Muslime in Bosnien-Herzegowina. Für uns AntifaschistInnen ist die Unterstützung der um ihre Freiheit kämpfenden Völker selbstverständlicher Teil unseres Kampfes: Hoch die internationale Solidarität!

**Schlußbemerkungen:**

Wie erwähnt, organisiert der AFB am 25. Juni 1993 ein Solidaritätskonzert in Wanne-Eickel, auf dem die Gruppen "Endziel Selbstzerstörung" aus Marl, "Maghazi" aus Herne, "Horla" aus Bochum und "Exalted Parsley" aus Recklinghausen auftreten.

Nach den Sommerferien wird dann ein weiteres Solidaritätskonzert in Haltern stattfinden.

Über diese Konzerte berichten wir ausführlich in den folgenden Ausgaben der AntifaZ.



Gesehen am 1. Mai: Ex-Stasi-Agent als AntifaZ-Verteiler eingesetzt ?

TERRE DES FEMMES

Frauen werden überall auf der Welt in ihren Menschenrechten verletzt:

- um ihre Freiheit durch Vorurteilen, Tabus, Schleier und die guten Sitten
- um ihre Entwicklung durch Benachteiligung in Ausbildung und Beruf
- um ihre Individualität durch Erziehung zur Unmündigkeit und Unterwerfung
- um ihre körperliche Integrität durch die Verstümmelung der Geschlechtsorgane
- um ihre Würde durch die Darstellungen in den Medien.

Wir arbeiten dagegen. Unterstützen Sie uns durch Ihre Mitarbeit, Spende oder Fördermitgliedschaft. Postgroß Hamburg Kontonummer: 25 10 60 - 204 BIZ 200 100 20 Spenden sind steuerlich absetzbar. Nähere Informationen bei:



TERRE DES FEMMES e.V., Menschenrechte für die Frau Postf. 2531, 7400 Tübingen Telefon 070 71/ 242 89



Die ALLIANZ-VERSICHERUNGS-AG hat damit angefangen. Sie versichert keine Kraftfahrzeuge mehr, der Halter(in) ausländisch ist. Selbst Versicherte, die seit Jahrzehnten bei ihr eine Kfz-Haftpflichtversicherung abgeschlossen hatten, werden "ausgesiebt" und bekommen plötzlich einen Bescheid, sie müßten sich nach einer anderen Versicherung umsehen. Und zwar unabgänglich davon, ob sie in der Versicherungszeit die Versicherung für einen Schaden in Anspruch genommen haben oder nicht. Sozusagen "prophylaktisch". Es könnte ja sein, daß Nazis sich verstärkt an den Autos ausländischer Versicherter vergreifen. Das sagt man natürlich bei der Konzernleitung nicht. Das Beispiel dieser Diskriminierung seitens der ALLIANZ macht inzwischen Schule. Auch die PROVINZIAL will ihre Ver(un)sicherungspolitik "überdenken". Wer wird der nächste sein? Ob man sich in diesen Kreisen noch daran erinnert, daß 1938 vor der Reichspogromnacht die Versicherungsgesellschaften und führende Vertreter des Nazistaats darüber Beratungen abgehalten haben, wie der voraussichtliche Sachschaden zu regulieren sei? Damals auf Kosten der zuvor ihres Staatsbürgerrechts beraubten Deutschen jüdischen Glaubens. Wie die Kollaboration mit den Faschisten damals funktionierte, läßt sich detailliert nachlesen in dem Buch "Reichskristallnacht" von Wilfred Mairgüntner (Neuer Malik - Verlag Kiel, 1987). KD

## Der Herner Abschiebeknast "Bergemanns Hof"

oder

Die Konzentration fluchtgefährdeter Asylbewerber in dazu vorgesehene Lager

"Sie sollen wissen, daß wir darüber hoffnungslos geworden sind, daß in einem Land wie Deutschland, mit einer der besten Demokratien, solche Institutionen (gemeint ist das Abschiebegefängnis) existieren, die die demokratischen Rechte nicht respektieren." Dies ist ein Auszug eines Briefes von vier Rumänen, die, weil sie sich der Entziehung der Abschiebung verdächtig gemacht haben sollen, in das Herner Gefängnis gebracht worden waren.

Der Abschiebeknast in Herne ist in dem ehemaligen Gefängnis "Bergemanns Hof" untergebracht, das extra zu diesem Zweck neu hergerichtet wurde. Aufgrund der am 1.7.1992 inkraftgetretenen Neuregelung des beschleunigten Asylverfahrensgesetzes wurde am 22.10.1992 der Knast in Herne wieder eröffnet. Eigentlich sollte er als Bücherei genutzt werden, doch dies ist auf unbefristete Zeit ausgesetzt. Neben dem Knast in Herne sind noch zwei weitere Knäste in Coesfeld und Gütersloh für "Abschüblinge" in NRW vorbereitet worden. Nach der Neuregelung des Asylverfahrens muß das Justizministerium dem Innenministerium Amtshilfe leisten, indem es Plätze für abgelehnte und "fluchtverdächtige" Asylbewerber bereitstellt. Die Entscheidung, welcher abgelehnte Asylbewerber fluchtverdächtig ist, obliegt einzig und allein dem Sachbearbeiter in der Ausländerbehörde der jeweiligen Stadt.

Die Abschiebehaft ist in § 57 AuslG geregelt, der besagt, daß Haft dann angeordnet wird,

wenn ohne Inhaftnahme des Asylbewerbers seine Abschiebung erschwert wird oder nicht durchgeführt werden kann. Dabei wird zwischen zwei Arten der Abschiebehaft unterschieden: die eine Art wird Sicherungshaft genannt. Sie wird angeordnet, wenn:

✱ der 'begründete Verdacht' besteht, daß sich "der Ausländer" der Abschiebung entziehen will.

✱ "der Ausländer" untertaucht bzw. sich versteckt, um der Abschiebung zu entkommen.

✱ "der Ausländer" nicht am Tage der Abschiebung angetroffen wird.

Die Sicherungshaft kann bis zu sechs (6) Monate betragen, es sei denn die Ausreise ist durchführbar, d.h. es ist garantiert, daß der Ausländer in sein Herkunftsland gebracht werden kann, oder die Abschiebung ist innerhalb von drei Monaten nicht möglich oder der Ausländer macht glaubhaft, daß er sich nicht der Abschiebung entziehen will. In allen anderen Fällen kann der Ausländer bis zu 6 Monaten inhaftiert werden. Sollte der Ausländer seine Abschiebung zu verhindern versuchen, kann er weitere zwölf (12) Monate in Haft behalten werden. Die tatsächliche Entscheidung, ob ein abgeschobener Asylbewerber in Sicherungshaft genommen wird, trifft immer nur die zuständige Ausländerbehörde; sie allein kann darüber entscheiden. Ein Gericht prüft lediglich, ob der

zuständige Sachbearbeiter alle Formalitäten korrekt durchgeführt hat; entspricht die Vorgehensweise der Ausländerbehörde, nach Ansicht des Richters, den gesetzlichen Bestimmungen, dann muß der Ausländer inhaftiert werden.

Bei der zweiten Art der Inhaftnahme spricht man von Vorbereitungshaft. Sie wird angeordnet, wenn über eine Ausweisung noch nicht sofort entschieden werden kann und die Ausweisung ohne Inhaftnahme wesentlich erschwert oder vereitelt wird, sie darf höchstens sechs Wochen betragen.

Wenn die nötigen Formalien für die Abschiebung geklärt sind, alle Ausreisepapiere beisammen sind, dann organisiert das zuständige Ausländeramt einen Flug in die Heimat des Flüchtlings.

In dem Herner und dem Coesfelder Knast sitzen nur Männer, der Herner bietet z.Z. 49 "Abschüblern" Platz, der Coesfelder hat 42 bis 68 Plätze. Der Gütersloher Knast hat 60 bis 80 Plätze, von denen 1/3 für Frauen reserviert ist. Die Zuständigkeit ist nach Oberlandesgerichtsbezirken aufgeteilt, was hier nicht im einzelnen aufgeführt wird.

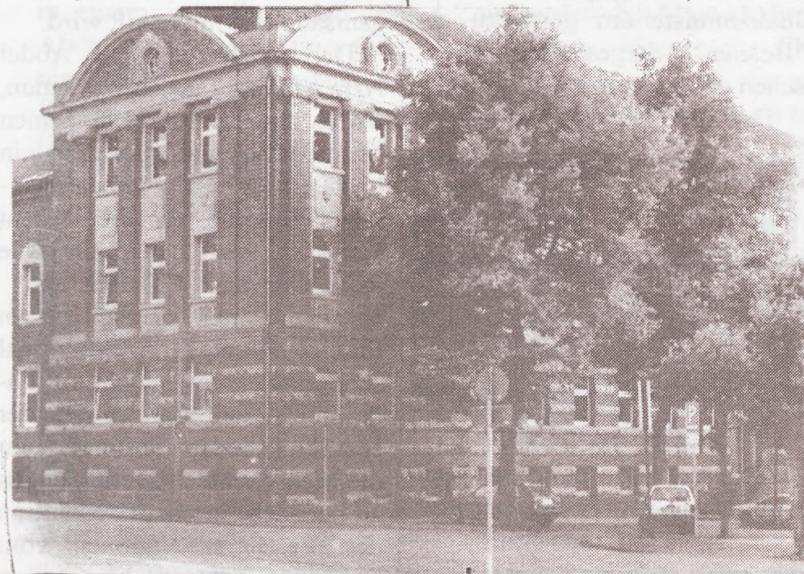
Über die Zustände in dem Herner Knast dringt nur sehr wenig nach draußen. Es gelang in der Vergangenheit nur wenigen Journalisten, in den Knast zu kommen, um dort zu recherchieren. Zwar ist es einem WDR-Team von der ZAK-Redaktion und einem weiterem vom ZDF gelungen, in den Knast zu gelangen, jedoch

waren diese beiden Berichte die einzigen auf bundesweiter Ebene; abgesehen von einigen Artikeln in der Frankfurter Rundschau, beschränkt sich die Berichterstattung über den Knast ansonsten auf regionale Kreise.

Gründe dafür sind zum einen, daß es dem einzelnen Bürger erschwert wird, sich selbst ein Bild über den Knast zu machen. Denn der Zugang ist für Normalsterbliche untersagt. Am ehesten kommt man noch in den Knast, wenn man den Namen

Vollzugsbeamten überwacht werden kann. Die Freizeitangebote beschränken sich auf eine Stunde Hofgang am Tag, ferngesehen werden darf nur zwei Stunden am Tag, geweckt wird bereits um 6.30 Uhr, durch Einschalten des Lichtes. Es gibt drei Mahlzeiten am Tag, wobei samstags und sonntags die letzte um 16.30 Uhr gereicht wird.

Die einzigen detaillierten Informationen, die dem "Arbeitskreis gegen den Abschiebeknast in Herne" zukommen, bestehen



"Abschiebeknast" Herne

eines Inhaftierten in Erfahrung bringt, mit dem geht man dann zur Gefängnisleitung, die den "Abschübling" fragt, ob er bereit ist, den Besuch zu empfangen. Meist stimmt der Inhaftierte zu, denn was bleibt ihm auch anderes übrig, in einem fremden Land, fern der Heimat, mit nur minimalem Kontakt zu seinen Mitgefangenen (z.B. eine Stunde Hofgang am Tag, doch dazu später mehr). Hat der Inhaftierte zugestimmt, dann muß dieses Treffen stattfinden.

Die Haftbedingungen in der Abschiebehäft sind denen des normalen Strafvollzugs ähnlich. Der Häftling darf Besuch nur einmal im Monat - und das nur eine Stunde lang - erhalten, wobei dieses Treffen von

aus Briefen, die abgeschobene Ausländer aus ihrer Heimat nach Deutschland schreiben. Sie berichten über die Vorgehensweisen der Vollzugsbeamten gegen die "Abschüblinge", die schon den Grad der Menschenrechtsverletzungen überschreiten.

So berichtet ein Rumäne, daß er am 20.12.92 auf der Autobahn Köln - Frankfurt, auf dem Weg nach Rumänien, festgenommen wurde. Die Beamten sagten ihm, daß es sich nur um Formalitäten handle. Der Rumäne hatte wenige Wochen vorher einen Unfall, bei dem er schwer verletzt wurde, und konnte zum Zeitpunkt seiner Verhaftung nur mit Hilfe von Krücken gehen, die er auch in seinem Auto

zurückließ, als er zur Erledigung der "Formalitäten" den Beamten folgte. Kurze Zeit später wurde der kranke Mann in eine Zelle gebracht, in der er die Nacht verbringen mußte. Tags darauf wurde er nach Herne verlegt. Aufgrund seines Unfalls war der Rumäne auf Medikamente angewiesen, die ihm der Arzt der Knastes mit fadenscheinigen Begründungen nicht aushändigte. Am 26.12.92 konnte der Mann nichts mehr essen, weil er sich ständig übergeben mußte, die Reaktion der Anstaltsleitung waren Drohungen gegen den kranken Rumänen, ihm den Hofgang und das Fernsehen zu entziehen. Am 27.12.92 wollte der Mann auf sich und seine ausweglose Lage aufmerksam machen, indem er sich in seiner Zelle verbarrikadierte, wenig später schon wurde die Zelle aufgebrochen, und der an Wirbelsäule und Hüfte operierte Rumäne wurde geschlagen und bekam ein "Spray" ins Gesicht, eine Stunde später wurde er in einer anderen Zelle wieder wach. An seiner Situation änderte sich jedoch immer noch nichts, bis er schließlich am 15.1.93 um 21 Uhr erfuhr, daß er nach Hause durfte. Obwohl der Rumäne, wie er in seinem Brief versichert, am 20.12. auf der Heimreise war, wurde er inhaftiert.

Ein anderer Häftling, Türke, wußte nicht, daß sein Antrag auf Asyl abgelehnt worden war, als er aufgegriffen wurde und nach Herne in den Knast kam. Dies schrieb er in einem Brief an das Generalkonsulat Düsseldorf. "Was habe ich verbrochen, warum werde ich nicht in die Türkei geschickt?"

Nicht nur die Gründe, warum abgelehnte Asylbewerber inhaftiert werden, sind mysteriös, auch die Zustände in dem Knast sind katastrophal. So gibt es keine DolmetscherInnen, die

über die größten Schwierigkeiten bei der Verständigung zwischen Vollzugsbeamten und Inhaftierten hinweg helfen könnten. Dadurch daß die Beamten die meisten "Abschübler" nicht verstehen können, entstehen solche Situationen wie die der eben beschriebenen Rumänen oder der vier Afrikaner, die sich in ihrer Zelle verbarrikierten, so daß die Feuerwehr anrücken mußte, um die Zellentür zu öffnen.

Am 25. Januar 1993 sind zahlreiche rumänische Flüchtlinge in den Hungerstreik getreten, der bis zum 31. Januar andauern sollte, der Knastleiter, Rolf-Jochen Roth, drohte ihnen daraufhin an, den Hofgang zu verbieten. Am 12. April gab es einen weiteren Hungerstreik, diesmal von fast allen Inhaftierten, der nur zwei bis drei Tage dauerte, lediglich einige Rumänen hungerten neun Tage, doch geändert hat sich nichts.

Jedoch nicht nur aus Gründen der fehlenden Verständigung wird im Herner Knast immer wieder der Schlagstock geschwungen und Spray eingesetzt, sondern die Inhaftierten wissen zumeist gar nicht, warum sie im Knast sind, und versuchen, durch verschiedene Aktionen wie die Zellenverbarrikadierung oder Hungerstreiks auf sich und ihre ungewisse Lage aufmerksam zu machen.

In den Abschiebegefängnissen werden keine speziell geschulten Beamten eingesetzt, sondern es werden Beamte aus dem normalen Strafvollzug der Castroper JVA Meisenhof und anderen JVAs abkommandiert. In einem Schreiben des Justizministeriums NRW vom 27.3.1993 geht hervor, daß die "Abschübler" als "aggressiv, risiko- und fluchtbereit" einzuschätzen seien und daß bei den aufgrund religiös, politisch, ethnisch und moralisch erheblich

divergierenden Anschauungen auch mit internen Auseinandersetzungen zu rechnen sei, daher müßten die Abschiebegefangenen nicht zuletzt im Interesse der dort tätigen Bediensteten - wie bisher - in Einrichtungen des geschlossenen Vollzuges untergebracht werden." Mit dieser Information allein werden die Beamten auf die "Abschübler" losgelassen. Aufgrund dieses Schreibens, sehen sich die Schließer offensichtlich legitimiert, Gewalt gegen diese vom Justizministerium geradezu als "Bestien" dargestellten Menschen einzusetzen.

Den Strafvollzugsbeamten ist



#### Sudan im östlichen Afrika

Die Ausländerbehörde Wuppertal will Nagi Abdel Aziz abschieben, todsicher!

es untersagt, bei dem Umgang mit Abschiebehäftlingen Waffen zu tragen, deshalb werden die Zellentüren verschlossen, der gemeinsame Zusammenschluß ist somit auf eine Stunde Hofgang täglich beschränkt; zwar dürfen sich einzelne Gefangene untereinander besuchen, dies jedoch erst nach Absprache mit der Leitung. Die Zellen sind mit zwei bis sechs Flüchtlingen belegt. Die einzige Literatur, die die Inhaftierten erhalten, kommt vom Kirchenkreis Herne, der versucht, die Flüchtlinge mit muttersprachlichen Schriften zu versorgen. Pfarrer Rohr, der die Büchersendungen koordiniert, sieht jedoch die Büchersendung nicht als Unterstützung für den Knast,

sondern als Unterstützung der Gefangenen.

Nagi Abdel Aziz ist ein weiterer Inhaftierter im Hafthaus, der bereits seit mehr als sechs Wochen dort einsitzt und auf seine Papiere wartet. Wie er am 7. Juni 1993 in einem Brief an Innenminister Schnoor schilderte, wird er aufgrund dieses Mißstands in den Hungerstreik treten. Er machte zur Bedingung, daß sein Fall amnesty international, dem Roten Kreuz und anderen Menschenrechtsorganisationen mitgeteilt wird.

Der 27jährige Niga Abdel Aziz stammt aus dem Sudan, wo es am 30. Juni 1989 einen Militärputsch gab, bei dem ein islamisch fundamentalistisches Regime an die Macht kam. Es läßt Menschen ohne Rechtsbeistand verhaften und in sogenannten Geisterhäusern foltern; amnesty international schrieb in einem Bericht zur Lage im Sudan, daß dringender Handlungsbedarf bestünde, um die Menschenrechtsverletzungen zu beenden. In einer Resolution der Vereinten Nationen vom Dezember letzten Jahres äußert man sich besorgt über die fortlaufenden Menschenrechtsverletzungen im Sudan. Herr Aziz käme, wenn er durch die Bundesrepublik Deutschland in den Sudan überführt werden sollte, in akute Lebensgefahr.

Denn aus einem Schreiben des Amtes für Staatssicherheit des Sudan vom 30. Safar (2. islamischer Mondmonat) 1993, das der Redaktion als Übersetzung, die auf den 1. März 1993 datiert ist, vorliegt, geht hervor, daß alle Flughäfen, Hafenbehörden und Polizeistationen des Landes angewiesen werden, die Personen dem Amt für Staatssicherheit zu melden, die nach der "Befreiungsrevolution", also nach dem 30. Juni 1989, aus dem Sudan ausgeweicht sind und sich länger als ein Jahr im

Ausland aufgehalten haben, der Staatsicherheit zu überstellen sind, "damit für diese Person die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen getroffen werden können". Jedoch nicht nur wegen seines langen Auslandsaufenthalts ist Herr Aziz mit dem Tode bedroht. Er ist auch aktives Mitglied mehrerer dem Regime im Sudan oppositionel gegenüberstehenden Organisationen. Die Sudanese Demokratische Vereinigung in der BRD (e.V.) (S.D.V.) bestätigte in einem Schreiben, daß Nagi Abdel Aziz Mitglied ihrer Organisation ist sowie der National-Demokratischen Allianz (NAD), einer Dachorganisation aller dem sudanesischen Regime oppositionell gegenüberstehenden Organisationen. Darüber hinaus liegt ein weiteres Schreiben der Sudan Human Rights Organization aus London vor, das ebenfalls bestätigte, daß Herr Aziz Mitglied ihrer Organisation sei.

Das IZ3W (Informationszentrum Dritte Welt) hat, aufgrund der ungewissen Lage von Nagi Abdel Aziz, am 17. Juni 1993 ein Fax an verschiedene Bonner und Düsseldorfer Abgeordnete verschickt, unter anderem an den Justizminister des Landes NRW, Krumsiek, an die Bundesjustizministerin Leutheuser-Schnarrenberger, an den Innenminister des Landes NRW, Schnoor, an den Bundesinnenminister Seiters sowie an Roland Appel MdL, in dem die Politiker von dem Fall unterrichtet werden.

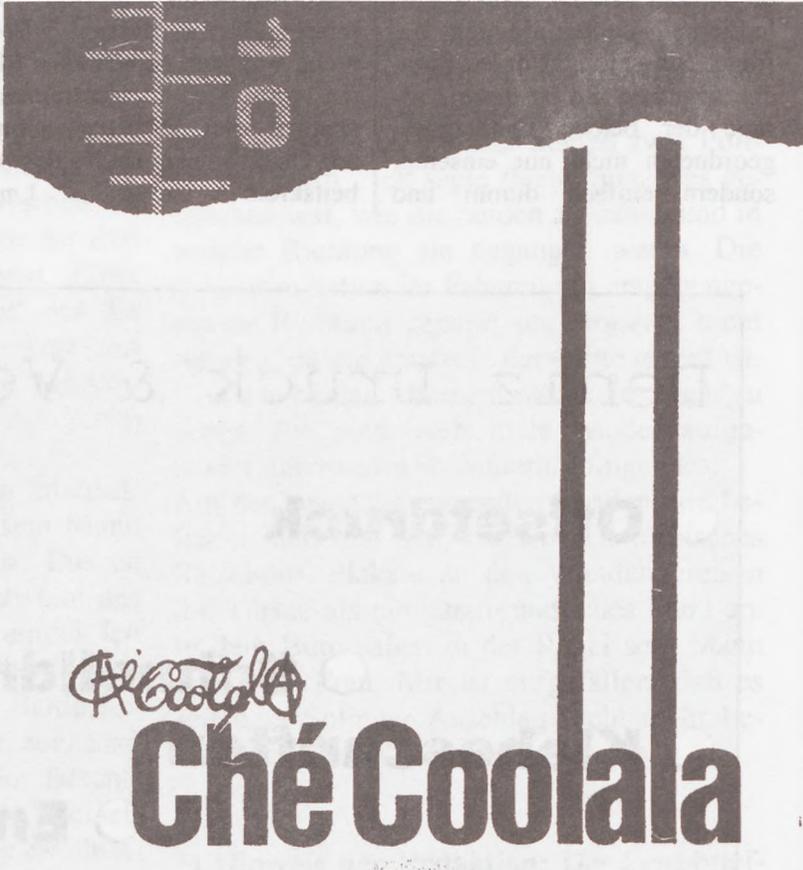
Nagi Abdel Aziz wurde am 26. April 1993 in Wuppertal festgenommen und dem Haftrichter vorgeführt. Der Rechtsanwalt von Herrn Aziz soll dann dem Richter erklärt haben, daß der Inhaftierte seinen Antrag, das Asylverfahren erneut anzustrengen, abgelehnt habe.

Dies soll der Anwalt ohne Rücksprache mit seinem Mandanten ausgesagt haben, offensichtlich weil Herr Aziz nicht fähig war, den Rechtsanwalt zu bezahlen. Mittlerweile ist ein zweiter Gerichtstermin anberaumt worden, bei dem entschieden wird, wie weiter verfahren werden soll.

Innenminister Schnoor widersprach den Forderungen des IZ3W, den abgeschobenen Häftlingen ein Taschengeld für die Heimreise zu geben; zur Zeit werden die Abgeschobenen ohne einen Pfennig ins Flugzeug gesetzt, so daß sie sich noch nicht einmal etwas zu trinken auf dem Heimflug leisten können. Schnoor meinte nur lapidar, es sei mit großer

Anerkennung zu begrüßen, wenn sich das IZ3W für ein Taschengeld einsetze.

Die CDU-Ratsfraktion im Herner Rathaus und der CDU-Kreisvorstand wollten Anfang November letzten Jahres die Anstalt besuchen. Aufgeschreckt über einen Bericht in der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ) vom 11.11.92, der von Zellenverbarrikadierungen von vier Afrikanern berichtete, wandten sie sich an den Leiter der Haftanstalt, Rolf-Jochen Roth. Der sah sich jedoch nicht befugt und gab die Bitte an die nächst höhere Stelle weiter, bis schließlich Justizminister Krumsiek den Besuch untersagte. Im Juni versuchten Gabriele Gorcitzka (SPD) und Karin



**Ché Coolala**

LIVE-MUSIK-PROGRAMM-KNEIPE • RESTAURANT • DISCO • BIERGARTEN

ab 20.00 Uhr geöffnet

Heyden-Rynsch-Straße 2 • 4600 Dortmund 1  
Tel.: 02 31 / 17 81 45 • Fax: 02 31 / 17 83 47

Hussing (CDU), beide Landtagsabgeordnete, in den Knast zu kommen, und hatten Erfolg. Einem Artikel der WAZ zufolge wiesen sie alle Vorwürfe des "Arbeitskreises gegen den Herner Abschiebeknast" und des Grünen Landtagsabgeordneten Roland Appel zurück. Die beiden Abgeordneten erklärten, daß im Herner Hafthaus alles in Ordnung sei. Die Anstalt sei nicht überfüllt, die Beamten führten keine körperliche Gewalt gegen die Insassen aus, es gebe Kost für Gesunde, Kranke, Diabetiker und Moslems... Dabei rührt ihre Darstellung über den Knast nur von einem Besuch her. Gorcitzka und Hussing haben sich lediglich bei den Beamten erkundigt, die sie durch die Anstalt führten, denn die Inhaftierten konnten sie nicht befragen, da sie nicht deren Sprache sprechen. So ist diese Aussage der beiden Landtagsabgeordneten nicht nur einseitig, sondern einfach dumm und

falsch, denn kein Beamter wird zugeben, daß er Inhaftierte geschlagen oder mit Tränengas besprüht hat. Ferner ist die in die Schlagzeilen geratene Anstalt bemüht, sich in das rechte Licht der Öffentlichkeit zu setzen. Daß die beiden Frauen dies so einfach hinnahmen, ohne kritische Fragen zu stellen, läßt schon erheblich an ihrer Glaubwürdigkeit zweifeln.

Der Arbeitskreis gegen den Herner Abschiebeknast veranstaltete am Ostersonntag eine Demonstration auf dem Herner Verweilplatz, um auch die Herner Öffentlichkeit von den menschenunwürdigen Zuständen im Knast zu unterrichten, denn bis jetzt hat der Knast nur in Insider-Kreisen für Aufregung und Bestürzung gesorgt, die meisten Herner Bürger wissen nicht, was sich gerade zehn Meter vom Herner Zentralmarkt abspielt. Bei der Veranstaltung am Ostersonntag stellte der Arbeitskreis einen Laut-

sprecherwagen direkt vor den Knast und richtete die Lautsprecher auf die Gefangenenzellen und hielt Ansprachen in vier Sprachen, um so den Einsitzenden seine Solidarität zu bekunden. Aufgrund des beschleunigten Asylverfahrensgesetzes, das am 1.7.92 in Kraft trat, dürfen fluchtgefährdete Asylbewerber, deren Antrag abgelehnt worden ist, wie normale Straftäter ihrer Freiheit beraubt werden, obwohl sie sich nichts anderes haben zu Schulden kommen lassen, als in einem der reichsten Länder der Welt um Hilfe und Aufnahme zu bitten. Stattdessen werden sie, abgeschirmt von der Öffentlichkeit und auf nur sehr vager juristischer Grundlage, ihrer Freiheit beraubt, so lange, bis sie sich schließlich freiwillig in ihre ungeliebte Heimat zurücksehen. Kein Staat der Erde hat das Recht, Schutzsuchende als Verbrecher zu behandeln.

*BRUNO*

Deniz Druck & Verlag GmbH

**Offsetdruck**

**Werbedruck**

**Schnelldruck**

**Klebeschriften**

**Endlosformulare**

**Hochzeitskarten**

**Wilfried Str. 10 • 47169 Duisburg**

## Leserbrief

### Ein Testfall

Ich lese gelegentlich die AntifaZ und meine, folgende Story dürfte Euch interessieren. Denn im Fernsehen ("Kennzeichen D") habe ich gehört, daß die Nazis systematisch Adressen von Einrichtungen sammeln, die sie auf ihren "Index" setzen. Was immer das heißen mag. Ich habe den mitbetroffenen Kollegen nicht nach seinem Einverständnis gefragt, diesen Brief zu schreiben, daher nenne ich keine Namen.\*

Ich arbeite als Übersetzer in einem Übersetzungsbüro in einer Stadt im Ruhrgebiet. Der Inhaber ist Deutscher, hat aber einen türkisch klingenden Familiennamen. Dieser Name prangt in dem Firmenschild. Naturgemäß kommen die Kunden überwiegend aus fremden Ländern. Ihr Wegbleiben wäre für uns eine wirtschaftliche Katastrophe. Seit einiger Zeit kommen gelegentlich anonyme Anrufe, bei denen sich der Anrufende nicht meldet.

Am Freitag, dem 18.6., kurz vor Mittag, betreten zwei Männer im Alter zwischen 30 und 40 Jahren das Büro. Ich war zu der Zeit der einzige, der dort anwesend war. Einer von ihnen, er trug eine Hose, auf der die Flagge der USA abgebildet war, kam auf mich zu, während ich hinter dem Schreibtisch saß, und fragte mich, ob ich ihm einen Teppich verkaufen wolle.

Ich sage: "Wie bitte? Dies ist ein Übersetzungsbüro." "Dann übersetze diesem Mann hier mal, daß er ein Arschloch ist. Das ist nämlich ein Ausländer, und der versteht das nicht." Dabei zeigt er auf seinen Kumpel. Ich schaue diesen kurz an, und der brabbelt dann ein paar unverständliche Wörter. Beide haben ein wenig "getankt". Nicht viel, aber man merkt es. "Ich glaube, Sie sind hier falsch", sage ich. "Was, Du willst das nicht übersetzen?" sagt der erste und wirft lässig zweihundert Mark auf den Tisch. Ich sage: "Nehmt Euer Geld und verschwindet!" und schiebe die Scheine in seine Richtung. In dem Moment klingelt das Telefon. Ehe ich den Hörer greifen kann, hat der andere ihn schon in der Hand, hört kurz in die Muschel hinein und

sagt: "Sie haben sich verwählt." Ich nehme ihm den Hörer ab, bevor er auflegen kann, was ihn leicht überrascht. Es ist mein Kollege, der von auswärts anruft. Ich sage zu ihm: "Hier sind zwei Kunden, die mich bei der Arbeit belästigen." "Ich rufe die Polizei an", sagt er und legt auf. Ich zu den beiden: "Sie haben es ja mitgehört: Gleich ist die Polizei da." Der erste packt sein Geld und geht zögernd einen Schritt zurück und sagt zu dem anderen: "Komm, der muß arbeiten." Ich komme um den Schreibtisch und will die Tür, in der er noch steht, während der andere schon draußen ist, zumachen. Er sagt: "Pack mich nicht an, sonst breche ich Dir den Arm." "Hier in meinem Büro?" frage ich. Beide gehen raus und ein paar Schritt weiter auf die andere Straßenseite, wo sie stehenbleiben und offenbar abwarten, was passieren wird. Ich mache die Tür zu und gehe an meinen Arbeitsplatz zurück. Mein Kollege ruft erneut an und erkundigt sich, was geschehen ist. Ich erkläre es ihm und sage, daß die Herrschaften wieder gegangen seien.

Etwa zwei Minuten später kamen zwei Polizisten herein. Ich sagte ihnen kurz, was geschehen war, wie die beiden aussahen und in welche Richtung sie gegangen waren. Die Polizisten hatten ihr Fahrzeug in entgegengesetzter Richtung geparkt und konnten nicht wenden, da die Straße in der Mitte geteilt ist. Von den beiden Männern war nichts mehr zu sehen. Sie sind auch nicht wieder aufgetaucht. Interessant ist weiterhin folgendes: Auf der gegenüberliegenden Straßenseite befindet sich erst seit kurzem ein türkisches Reisebüro. Plakate an den Wänden preisen die Türkei als ein gastfreundliches Land an. In dem Büro saßen in der Regel sein Mann oder eine Frau. Mir ist aufgefallen, daß es seit dem Solinger Anschlag nicht mehr besetzt ist. Ob dort auch "Gäste" waren?

**\*) Hinweis der Redaktion:** Der Leserbriefschreiber teilte uns seinen Namen und seine Anschrift mit. Wir vermittelten ihm Kontakte zur in dieser Stadt aktiven Antifa.

## KULTUR IST AUCH WICHTIG

Verschiedene kulturelle Veranstaltungen bewegten in letzter Zeit die Gemüter der Antifaschistinnen und Antifaschisten im nördlichen Ruhrgebiet. Da sind zu nennen einmal das "Bauernhof-Festival" in Marl. Es findet jedes Jahr statt, diesmal am 21., 22. und 23. Mai in Marl.

Da ist auch zu erwähnen das "Bullshit-Festival", das am Pfingstwochenende in Oer-Erkenschwick stattfand. Diejenigen, die etwas mehr Geld hatten, waren an diesem Wochenende in Eindhoven, wo ein Metal - Open Air stattfand.

Das Bauernhof-Festival ist deshalb erwähnenswert, weil sich für Samstagabend Fascho-Hooligans angekündigt hatten. Allerdings zogen sie es dann vor, doch lieber nicht zu erscheinen.

Der Antifaschistische Bund war an zwei Tagen mit einem Info-Stand vertreten, und meistens waren mehr als 20 AFB-Mitglieder anwesend, zum späten Abend hin dann allerdings ähnlich bierselig, wie alle anderen BesucherInnen (den hoffnungsvollsten Jungkampfrinker des AFB stellen wir Euch hier vor).

Auch das Bullshit-Festival war für AntifaschistInnen interessant, allerdings taten sich die Veranstalter nicht gerade durch Fortschrittlichkeit hervor, obwohl sie immer ein alternatives Image pflegen. Als nämlich am Pfingstsonntag die Nachricht von den Solinger Morden bekannt wurde,

gaben diese keinerlei Erklärung ab - einzig der Sänger einer Band gab flapsig bekannt, daß gerade mal wieder ein "Haus mit Türken

abgefackelt worden" sei, und das war auch schon alles - das "Fest" ging weiter. Sicher, man brauchte nicht gerade das Festival abblasen - aber eine kurze Unterbrechung wäre sicher angebracht gewesen.

Was die Kultur betrifft, sind natürlich auch die antifaschistischen Soli-Konzerte erwähnenswert, die inzwischen erfreulich oft stattfinden.

Es gibt inzwischen eine große Zahl von Bands, die ohne Knete auftreten und damit ermöglichen, daß die



AFB-Stand auf dem Bauernhof-Festival

antifaschistische Arbeit finanziell gestärkt wird. Was die sonstige kulturelle Arbeit betrifft, ist die Antifa aber noch sehr unterentwickelt - Es gibt kaum Antifa-Theater, fast keine Antifa-Filme und auch sonst nicht allzu viel. Das muß anders werden!



**Karallus, hoffnungsvollster Kampftrinker des nördlichen Ruhrgebiets  
(aber auch fähiger Band-Manager für Antifa-Konzerte)**

Liebe FreundInnen,

zum Artikel von "Bruno" zur Auschwitz-Lüge lege ich zwei von mir veröffentlichte Artikel (im Rechten Rand) bei. Anlaß ist der letzte Absatz. ..."in einem Staat, der das Leuchter-Gutachten nicht als rassistische Hetzschrift, sondern als wissenschaftliche Arbeit bewertet ...".

In Wahrheit ist ein armes Schwein (Frau Wolff, Regierungsangestellte) von den Faschos reingelegt worden. Das überall auch in Nation+Europa von Faschos verbratene Schreiben ist aus einem Briefwechsel und sehr vage, was die Aussagekraft angeht. Diese Faschopropaganda sollten wir AntifaschistInnen nicht noch zur Propaganda weiterverbreiten!!!

Mit antifaschistischen Grüßen

unterzeichnet

Lisa Böhne/ Antifa-Archiv-OS

Anmerkung der Redaktion: Lisa Böhne bezieht sich hier auf Artikel im Rechten Rand Nr. 11 vom März/April 1991 und Nr. 16 vom März/April 1992.

## Zu den Aktionen am Donnerstag, den 24. Juni 1993

Der deutsche Staat fühlt sich herausgefordert. Da schafft es doch tatsächlich eine kleine Gruppe von Menschen kurdischer Nationalität, unbewaffnet in ein von deutscher Polizei seit langem stark bewachtes exterritoriales, unter Hoheit des türkischen Staates stehendes Gebiet einzudringen, das dortige Personal mit einer Schreckschußpistole in Schach zu halten und zu entwaffnen und mit dessen eigenen Waffen als Geiseln zu nehmen. Das ist in höchstem Maße blamabel. Deutsche Gesetze können zudem gar nicht verletzt worden sein. Trotzdem wird lauthals das Verbot einer Partei gefordert, die doch längst als verboten behandelt wird und zu der sich von den Besetzern auch niemand bekennt. Aber wer sonst sollte so etwas "können", wenn nicht die PKK? Und dazu auch noch europaweit?

Im Unterschied etwa zu den französischen, wo die Erklärung der dortigen Besetzer im Fernsehen verlesen wurde, werden in den deutschen Medien, ohne auch nur mit der Wimper zu zucken, praktisch überall die

Wörter der türkischen Staatsvertreter für die Besetzer übernommen: "Terroristen", "Separatisten", "Verbrecher". Man könnte das Wort "terroristisch" mit Fug und Recht auf den türkischen Staat selbst anwenden, aber das tut natürlich niemand. Vielmehr wird davon geredet, daß seitens der kurdischen Guerilla Krieg gegen "die Türken" geführt werde, um so seinen Beitrag zur nationalistischen Aufhetzung von zwei Minderheiten auf deutschem Boden gegeneinander zu leisten. Denn es ist ja zu peinlich, daß die Mordbrenner hier in Deutschland Deutsche sind. Auch die Forderung der Besetzer, Bundeskanzler Kohl möge die türkische Regierung

öffentlich auffordern, den Krieg gegen das kurdische Volk zu beenden, wird lächerlich gemacht. Das Wort "Krieg" wird in Führungszeichen gesetzt, so als sei dieser Krieg eine pure Erfindung der Besetzer.

Auch Kanzler Kohl trägt Verantwortung dafür, daß die türkische Armee gegen das kurdische Volk auch deutsche Waffen einsetzen kann. Diesen Kanzler, der noch kürzlich Shakhands mit der türkischen Ministerpräsidentin, Frau Ciller, gemacht hat, kümmern die Belange des kurdischen Volkes einen feuchten Kehricht. Aber vielleicht hätten sie ihn zu einer solchen Erklärung zwingen können. Daß sie es nicht taten, sondern sich letztendlich ergaben, zeigt, daß alles Gerede von den "Terroristen" nichts als Schaum ist. Zu allem entschlossene Besetzer hätten sich hier anders verhalten. Eine militärisch eindrucksvolle Demonstration - jedenfalls was ihre Medienwirksamkeit angeht, eindrucksvoller als die Demonstration von rund 150.000 Menschen kurdischer und türkischer Nationalität in Köln Ende Mai, bei der das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes gefordert wurde - wurde so politisch verspielt. In den Medien wird die Tötung eines Menschen in Bern den Botschaftsbesetzern angelastet. Der Getötete, ein Kurde, wurde jedoch vom dortigen Botschaftspersonal von exterritorialem Gebiet aus auf schweizerischem Boden erschossen. Diese Tatsache wird in den deutschen Medien so gewendet, daß sie als weiterer Beleg für den Terror seitens der Besetzer dient. Die Vokabel "Terroristen" ist im übrigen gegenüber den deutschen Mordbrennern aus der Naziszene mit sehr viel größerer Zurückhaltung gebraucht worden.

KD

## Ein Lied für Beko

Im Rahmen der Dortmunder kurdischen kulturpolitischen Reihe "Hevalti heißt Freundschaft" (vom 1. bis 18. Juni) zeigte das Roxy-Kino unter anderen den Film "Kilamek ji bo Beko" (= Ein Lied für Beko) des Filmemachers, Musikers und Sängers Nizamettin Aric.

Dieser 1992 gedrehte Film ist der erste Film der Filmgeschichte überhaupt, in dem kurdisch gesprochen wird. Weitere Sprachen sind türkisch und deutsch. Zum Verständnis derjenigen Zuschauerinnen und Zuschauer, die nur des Deutschen mächtig sind, erscheinen die fremdsprachigen Aussagen auf deutsch in Untertiteln. An dem Film haben Menschen kurdischer, deutscher, türkischer und armenischer Nationalität mitgearbeitet; gedreht wurde er in Aserbeidschan und Deutschland. Die Drehbuchschauplätze sind Türkisch-Kurdistan (das Gebiet um Nusaybin), Syrien-Kurdistan (die Djazireh); Irak-Kurdistan (der Badinan) und Deutschland (Hamburg). Die Zeit läßt sich um das Jahr 1988 herum festmachen, als der 8jährige Krieg zwischen Iran und Irak endete.

In Form einer Rückblende werden die Stationen der Flucht von Beko und Zine und der Suche von Beko nach seinem Bruder rekonstruiert. Sehr drastisch wird das brutale Eingreifen einer türkischen Armeeeinheit in die Friedlichkeit eines kurdischen Dorfes gezeigt, in dem der Truppenkommandant, der Frauen, alte Männer und Kinder des Dorfes unter Gewehrkolbenstößen hat auf den Anger treiben und eine Zeitlang vor auf sie gerichteten Gewehren in der brüllenden Sonnenhitze hat stehen lassen, sich gerade mal über den Muhtar (Dorfvorsteher) sprachlich verständlich machen kann. Dieser wird drohend zum Dorf-

schützer erklärt (Die sog. Dorfschützer sind Personen, die mit dem türkischen Staat kollaborieren). Das zeigt zugleich die ganze Lächerlichkeit des Anspruchs des türkischen Staates dort auf Autorität. Beko wird mißhandelt und gewaltsam auf einen LKW verfrachtet, weil sein Bruder sich einer Zwangsrekrutierung durch die türkische Armee entzogen hat. Der hat sich längst aus dem Staub gemacht, um sich in den Badinan zu den Peschmerga durchzuschlagen. Die Durchsuchung des Dorfes nach ihm, bei der Essen und die Einrichtungsgegenstände aus den Häusern haufenweise durch die dabei zu Bruch gehenden Fensterscheiben auf den Dorfanger fliegen, endet dementsprechend ergebnislos, und der Militärtrupp zieht mit seinem Gefangenen auf einem LKW ab. Als die vorher so "mutige" LKW-Besatzung anlässlich eines Schußwechsels in panischer Angst vor einem PKK-Hinterhalt das Weite sucht, läßt ein zurückgebliebener Soldat Beko entkommen. Es folgt eine abenteuerliche Flucht, die schließlich durch den Euphrat nach Syrien führt. Von dort wird Beko, der seinen Bruder bei den Peschmerga zu finden hofft, auf den harten und entbehrungsreichen Weg in den Badinan mitgenommen. In einem von einer sehr stolzen und klugen Frau geleiteten Zeltdorf hoch oben im Gebirge wird er als Gast zurückgelassen. Es beherbergt auch zahlreiche Flüchtlinge aus mehreren irak-kurdischen Dörfern. Diese Frau entscheidet darüber, ob jemand bleiben darf oder nicht. Im Film steht sie nicht nur als

Westbahnhof 1 (S-Bhf.) Essen, A450 E Hobbeisenbr. ☎ 0201/708884

**Essen & Trinken & jede Menge:  
Salsa, Samba & Afro-Musik**

*Comida & Bebida & Cantidad de:  
Salsa, Samba, Merengue & Cumbias*

Nomadinnenführerin, sondern auch stellvertretend für die starken kurdischen Frauen, die nach der systematischen Vernichtung der Männer durch das Regime Saddam Husseins die Weiterexistenz der kurdischen Gesellschaft sichern.

Beko wird die Aufgabe der Kinderunterweisung zugewiesen, der er sich einfühlsam und geschickt widmet. Besonders intensiv kümmert er sich um das Waisenmädchen Zine, dem nichts als eine Schildkröte geblieben ist, die es nach einem schweren Unwetter auch noch verliert. Stark ist eine Szene, in der sich Beko von den Kindern zeigen läßt, was sie können, und ein Mädchen, das zunächst meint, nichts vorweisen zu können, mit Stauen zum Kenntnis nimmt, wie unendlich weit ein von ihm den Berg hinab geworfener Stein fliegen kann. Beeindruckend ist auch die gesungene Darbietung der Geschichte "Mem u Zin", die Beko der Zeltorfcommunity erzählt. Dieses kurdische Epos ist in etwa mit "Romeo und Julia" vergleichbar. Das Zeltorf wird gelegentlich durch Luftangriffe des einen oder anderen der kriegführenden Staaten in seinem Frieden gestört. Auf die zunächst mit Jubel aufgenommene Nachricht vom Frieden zwischen Iran und Irak hin entschließen sich die Dorfbewohner trotz eindringlicher Warnung der Zeltorfleiterin, daß die irakische Armee nun die Hände wieder frei habe, was für das kurdische Volk nichts Gutes bedeuten könne, in ihr durch die irakische Armee völlig zerstörtes Dorf zurückzukehren und es wiederaufzubauen. Dieser Weg führt

für die meisten in den Tod: Einen Hubschrauberangriff mit Giftgas überleben nur Beko und Zine, die dabei erblindet.

Beide sind schließlich nach Deutschland gelangt, wo Zine einer Augenoperation unterzogen werden soll. Beko hat nicht nur eine völlig andere Umwelt zu verkraften, die sehr eindringlich durch das ständige, auf die Nerven gehende Rauschen des Autobahnverkehrs vorgeführt wird, das zu den Bretterverschlägen für die Flüchtlinge außerhalb der Stadt hinüberdröhnt, sondern erfährt auch einiges von den Härten der deutschen Asylwirklichkeit.

Das Newrozfest in der Fremde dient nicht nur der Wahrung der eigenen Identität, sondern bietet zugleich die Möglichkeit zu Kontakt mit Menschen, die etwas über die verlorene Heimat, nach der man sich zurücksehnt, und das Schicksal von Verwandten und Bekannten in Erfahrung gebracht haben. Beko erfährt, daß sein Heimatdorf von der türkischen Armee zerstört worden ist und die Familie seines Bruders verschollen ist, daß sein Bruder gefangen und in die Armee gepreßt worden ist und bei einem Anschlag kurdischer Freiheitskämpfer, auf deren Seite er eigentlich gehört hätte, auf den Armeestützpunkt ums Leben gekommen ist. Ob die Operation Zine das Augenlicht zurückgeben kann, bleibt offen.

Dieser ergreifende Film bietet reichlich Anschauungsunterricht für Menschen, die das Schicksal des kurdischen Volkes nachvollziehen und begreifen wollen, warum allein die Tatsache, kurdisch zu sein, ein hinreichender Asylgrund ist. Der deutsche Staat und die deutsche Gesellschaft kommen in dem Film allerdings zu positiv weg, bzw. die im Film dargestellte Wirklichkeit von 1988 für Flüchtlinge ist im Vergleich zur heutigen Wirklichkeit geradezu idyllisch, wo z.B. mit der fadenscheinigen Begründung, der Krieg des türkischen Staates gegen das kurdische Volk sei mit der (einseitigen, inzwischen überholten) Waffenruhe-Erklärung der PKK beendet, der



Kurt-Schumacher-Platz 1a / Eingang Hellweg  
0234/ 12967

TÄGLICH GEÖFFNET AB 18.00 UHR

Abschiebestopp für Menschen kurdischer Nationalität aufgehoben wurde.

Ebenfalls im Rahmen der kurdischen Kulturtag in Dortmund lief der Film "Dügün" (= Die Heirat) des kurdischen Regisseurs Ismet Elci, zu dem Nizamettin Aric die Musik beisteuerte. Auch dies ist ein sehenswerter Film.

KD

Handwerksbetrieb in Selbstverwaltung

Sonnen- und Windenergieanlagenbau GmbH

Planung und Montage  
umweltfreundlicher Energiesysteme  
Heizung, Elektroinstallation, Sanitärinstallation

z.B. Solaranlagen

Für Warmwasser  
und Stromzeugung

denn: Der nächste Sommer kommt bestimmt!

Karl-Hermann-Straße 14 · 4352 Herten · Tel.: 0 23 66 / 4 39 65

## LUMPENJOURNAILLE

Eine Leistung besonderer Art legte das "Nachrichtenmagazin" **FOCUS** (Nr. 24 vom 14.6.1993) vor. Ein Interview ihres Reporters Wilhelm Dietl mit dem Vorsitzenden der PKK, Abdullah Öcalan. Diesem Blatt zufolge soll Apo (= Onkel), wie er in Kurdistan genannt wird, auf die Frage von **FOCUS**: "Es gab in letzter Zeit zahlreiche Verbrechen von Deutschen gegen Türken in Deutschland (...)" geantwortet haben: **"Diese Reaktion des deutschen Volkes sehe ich als normal an. (...) Ich begrüße Aktionen von ausländischerfeindlichen Deutschen gegen Türken. Denn ich finde es nicht gut, daß sich die Türken in Deutschland unbegrenzt frei bewegen können."** Auf die Frage, was aus dem von ihm der Türkei angebotenen Waffenstillstand geworden ist, soll seine Antwort gelautet haben: "Der von uns einseitig ausgerufenen Waffenstillstand wurde nicht anerkannt, ja sogar von der Gegenseite ausgenutzt, um uns zu vernichten. Diese pontische Phase ist jetzt vorbei. Eine umfassende Entwicklung ist zu erwarten. **Vielleicht eine Gewaltwelle ohne Beispiel.**" Dazu weiter: "(...) Deutsch-türkische Betriebe können Ziele sein. Ich erkläre, daß die ganze Türkei Krisengebiet ist. Die deutsche Tourismuspolitik sollte eingefroren werden. **Wenn Menschen durch Zufall oder Unfall ums Leben kommen, dann sind wir dafür nicht verantwortlich. Kurdistan und die Türkei sind Kriegsgebiete.**" Auf die Frage, ob auch Deutschland in Aktionen einbezogen werde: "Nur wenn man uns dazu zwingt. Wir werden von den Türken überall angegriffen. Also müssen wir uns dagegen wehren. **Aktionen in Deutschland würden sich aber nur gegen Türken richten. (...)**"

Also: Nicht der türkische Staat soll auf einmal der Feind des kurdischen Volkes sein, sondern das türkische Volk? Und die deutschen Nazis sollen mit ihren Verbrechen an türkischen Menschen einen Beitrag zur Befreiung des kurdischen Volkes leisten? Sicherlich ist manches von dem, was Abdullah Öcalan gesagt hat, kritikwürdig. Aber ihm derartige faschistische Äußerungen und teilweise auch ausgesprochenen Schwachsinn in den Mund zu legen, ist gelinde gesagt eine Unverfrorenheit. Alle bisher von der PKK herausgegebenen Erklärungen von Abdullah Öcalan sprechen da eine deutlich andere Sprache. Offensichtlich soll dieses Gerede dazu dienen, den deutschen Waffenlieferungen an die Türkei eine Rechtfertigung zu verleihen.

(Und inzwischen wurde **FOCUS** auch anderweitig zur Rechenschaft gezogen, d.S.)

Anders als im Falle des braunen "Ernährungspapstes" **Bruker**, der es schaffte, **Jutta Ditfurths** jüngstes Buch **"Feuer in die Herzen"** vom Markt nehmen zu lassen, darf **FOCUS** weiterhin ohne Korrektur vertrieben werden und trägt damit zur Aufhetzung zwischen Angehörigen zweier Minderheiten (und nicht nur zwischen denen, d.S.) auf deutschem Boden bei. Denn diese Lügen dienen sowohl der deutschen als auch der türkischen Staatsräson. **FOCUS** wurde dann auch mit Begeisterung in den türkischen Medien als seriöse Quelle für derartige Behauptungen zitiert. Das gesamte Interview im unverfälschten Wortlaut wird in der neu herausgegebenen Zeitung **ÖZGÜR GÜNDEM** (auf türkisch) abgedruckt.

(Die AntifaZ wird eine Übersetzung besorgen)

Inzwischen sind vier Männer (vermutlich Kurden) in den Redaktionsräumen erschienen und haben mit Beilen die Produktionsmittel dieses Verlages zuschlagen. Begründung sei eine böswillige Unterstellung, daß Apo Nazi-Aktionen gegen Türken in Deutschland begrüßt habe.

KD

## Eine Mahnwache für Bosnien

*Seit einigen Monaten findet Donnerstag von 18 bis 19 Uhr in der Lünener Innenstadt eine Mahnwache zum Krieg auf dem Balkan statt, die hauptsächlich von Aleks und mir organisiert wird (d.h. wir sorgen für Plakate, Flugblätter, Bekanntmachungen). Bedauerlicherweise stagniert die Teilnehmerzahl bei 8-12 Personen, und das trotz Ankündigung und Teilnahmeaufforderung durch Zeitung, Mundpropaganda, Plakate und Handzettel.*

Aus einer derart passiven Haltung kann ich persönlich nur zwei Schlußfolgerungen ziehen: Erstens: Das Interesse der Leute hier am Leben und Sterben der Menschen anderer Nationen ist auf traurige Weise begrenzt; sie ignorieren ihre Verantwortung für ihre Mitmenschen.

Zweitens: Es wird verkannt, daß in einem Staat, der an sich selbst den Anspruch stellt, eine Demokratie zu sein, die "BürgerInnen" auch innerhalb einer Legislaturperiode dazu aufgefordert sind, ihre Meinung zu äußern. Das Entwickeln von Handlungsperspektiven, gerade in so brisanten Fragen wie des Bosnienkrieges oder des Kosovo-Problems, bedarf einer aufmerksamen, interessierten Öffentlichkeit. Entscheidungen wurden schon viel zu lange verschleppt, und das wird so weitergehen, wenn nicht das Volk auf die Entscheidungsträger Druck ausübt. Ein Weg, dies zu tun, sind Mahnwachen. Anfangs waren die von uns gemachten Aussagen nichts anderes als provokant. Auf den Plakaten fanden sich Sprüche wie "Warum schauen wir nur zu?", "Den Krieg zu akzeptieren, bedeutet, sich mitschuldig zu machen", auf den Flugblättern schauten gepeinigte Bosnier die

LeserInnen hilfeschend an, darunter vorwurfsvolle Worte über Passivität und Gleichgültigkeit.

Die Reaktionen, die wir darauf bekamen, halte ich für die "typische" Geisteshaltung vieler Menschen in diesem Lande. Bei Konflikten in den verschiedensten Bereichen kennen sie nur zwei Optionen: "Draufhauen" oder "Kuschen".

So auch hier: "Kauf dir eine Knarre und kämpf mit", "Geh' selbst runter und schieß" oder auch das ganz infantile "Was kann ich dafür?" sind beispielhaft für das, was ich meine. Im Gespräch mit diesen Leuten mußten wir dann feststellen, daß viele von ihnen einfach schlecht informiert sind, sowohl was die Situation im Konfliktgebiet selbst, als auch, was die Handlungsmöglichkeiten für die sogenannte "internationale Gemeinschaft" angeht. Daher beschlossen wir, das Konzept der Mahnwache zu ändern. Wir erstellten einen konkreten Forderungskatalog, den wir mittels Flugblättern unter die Leute brachten. Die Vorübergehenden sollten endlich begreifen, welche Haltung wir eigentlich einnehmen! Diesen Katalog will ich im folgenden darstellen und näher erläutern:

### 1. STOP aller Waffenexporte durch die Regierung!

In der BRD ist die Vergabe von Genehmigungen für Waffenexporte immer noch eine politische, die der Bundessicherheitsrat, will sagen, der Bundeskanzler, das Verteidigungs-, Außen-, Innen-, Justiz-, Finanz- und Wirtschaftsministerium zu treffen haben. Es kann nicht angehen, daß deutsche Firmen oder die Bundesregierung selbst, aus NVA-Beständen Waffen in alle Welt exportieren, die immer wieder in Krisenregionen (z.B. Bosnien, und zwar auf serbischer Seite), auftauchen. Diese Waffen werden auf Umwegen, z.B. über Singapur, eines der Hauptexportländer der deutschen Rüstungsindustrie, in Krisenregionen geleitet.

2. **SANKTIONSBRECHER**, wie z.B. GRIECHENLAND und RUMÄNIEN, **müssen zur Verantwortung gezogen werden**, denn Waffenlieferungen an die Serben stellen nicht nur einen Verstoß gegen einen aktuellen, verbindlichen Beschluß der UNO dar, sondern stellen auch ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar, das auf schärfste geahndet werden muß.

3. **Auf Staaten, die die VISAPFLICHT beibehalten haben, muß DRUCK ausgeübt werden.** Mit der Beibehaltung der Visapflicht stellen sich Staaten, wie z.B. Österreich, ebenfalls gegen die Gebote der Menschlichkeit, da sie den Opfern des Krieges die Flucht erschweren.

**4. UNBEGRENZTE AUFNAHME WEITERER FLÜCHTLINGE**

...muß in allen Länder, die sich zivilisiert nennen, erstes Gebot sein, auch in Großbritannien und Frankreich, die bis jetzt zusammen nur wenigen tausend Flüchtlingen Zuflucht gewährt haben.

**5. ÜBERWACHUNG UND VERFOLGUNG SERBISCHER TERRORGRUPPEN IM AUSLAND.**

Eine der Terrorgruppen nennt sich "Schwarze Hand". Sie ermorden bosnische und albanische Intellektuelle in aller Welt, die sich gegen den serbischen Expansionismus einsetzen. Der deutschen Botschaft in Kanada ist von der "Schwarzen Hand" ein Bombenanschlag angedroht worden, für den Fall, daß Deutschland wieder eine "anti-serbische" Politik betreibe.

**6. EINRICHTUNG eines INTERNATIONALEN KRIEGSTRIBUNALS**

Die serbische Politik lebt von überkommener Symbolik, alten Feindbildern und Mythen, mit denen sie das Interesse am Krieg am Leben erhält. In diesem Sinne können solche symbolhaften Einrichtungen eine Funktion erfüllen.

**7. VÖLLIGE KULTURELLE, POLITISCHE UND WIRTSCHAFTLICHE ISOLATION REST-JUGOSLAWIENS****8. AUFKLÄRUNG DER SERBISCHEN BEVÖLKERUNG**

Möglichkeiten wären Störsender, Stärkung der lokalen Friedensbewegung in Serbien und Kroatien, Verteilung von Informationsschriften, Stärkung der friedenswilligen, nichtnationalistischen Intelligenzia.

**9. SERBIEN in der KOSOVO-FRAGE unter DRUCK setzen**

Die brutale Unterdrückung des albanischen Volkes darf nicht weiter so hingegenommen werden, sonst wird der Kosovo das Schlachthaus serbischen Größenwahnsinns

**10. KROATEN zur EINHALTUNG der WAFFENRUHE ZWINGEN****11. WAFFENHILFE für die MUSLIMISCHEN BOSNIER**

Sie sind die eigentlichen Opfer dieses KRIEGES. Das Recht auf Selbstverteidigung sollte Ihnen zugesichert werden, wenn wir Ihnen schon aktiv nicht beistehen können.

**12. AUFRECHTERHALTUNG aller HUMANITÄREN HILFEN****13. EINRICHTUNG von SCHUTZZONEN für die BOSNISCHEN MUSLIME**

Seitdem wir dieses Programm an die Passanten verteilen, hat sich das Bild geändert.

War ich anfangs verwundert darüber, auf wieviel Unverständnis und Ablehnung wir stießen (und wieviel NAZI-Rentner es gibt, von denen wir angequatscht wurden), so mußte ich jetzt staunen, daß wir fast keine Reaktionen mehr ernteten.

**BUCHLADEN****TARANTA BABU**

- LITERATUR AUS ALLER WELT • SOZIALPÄDAGOGIK • SOZIALWISSENSCHAFTEN •
- KOMMUNIKATIONS- UND SPRACHWISSENSCHAFTEN • MEDIEN • PSYCHOLOGIE •
- ÖKONOMIE • POLITIK • GESCHICHTE • FRAUEN • MÜTTER • KINDER • VÄT ER •
- MÄNNER • GROSSES ANGEBOT AN ZEITSCHRIFTEN UND PERIODIKA

Öffnungszeiten: Buchladen 10.00 - 18.30 Sa. 10.00 - 14.00

Literaturkaffeehaus: 10.00 - 24.00 (Dienstags Ruhetag)

Dortmund 1, Humboldtstr. 44, Tel: 0231-14 16 89

Wir bestellen jedes lieferbare Buch

Reaktionen der LeserInnen der AntifaZ würden wir begrüßen! Bleibt zu hoffen, daß wir auf ein wenig Verständnis für unsere Aktion geschaffen haben.

Marckus Fröhlich

**ERLÖSUNG, KLEINES KIND ?**

**Das kleine Kind aus Kosova  
Nur ein Kind, zart und doch schon so alt und greis !**

**In Ihren jungen Falten stehen unzählige Bücher,  
unendliche Trauer geschrieben, das Buch des Lebens  
für sie verschlossen.**

**Die Namen Ihrer Geschwister,  
In Grabsteinen für alle Ewigkeiten eingeschlossen,  
umgebracht, verstümmelt und vergessen !**

**Aktivisten, ja Terroristen waren sie,  
In den Augen der langbärtigen Mörder,  
die Ihrem Gott, dem Tod, dienen,**

**Das kleine Kind aus Kosova,  
Nur ein Kind mit großen Augen,  
Nach Hoffnung und einem besseren Morgen dürstend !**

**Hat es denn nicht das Recht, wie Du, in Freiheit  
zu leben, zu lachen, den Tag ohne den Tod  
In sich aufzusaugen, erlöst zu sein ?**

**Oder ist es dazu verdammt zu leiden,  
eine lebende, seelenlose Kreatur zu werden,  
geknechtet,  
Untertan ohne Chancen und Rechte ?**

**Ihr !  
Handelt!  
Es reicht nicht das Bedauern,  
Es reicht nicht die Diskussion !**

**Wehrt Euch, regt Euch auf,  
sprecht,  
damit das kleine Kind aus Kosova  
Kind sein kann.**

**Aleksander Gjoke Berisha**

## LESERBRIEF

Ernst Fremerey  
Kaiser Heinrich Str. 109  
4790 Paderborn 2

Schloß Neuhaus, den 10.5.1993

Sehr geehrter Herr Englisch,  
in Ihrer Eigenschaft als V.i.S.d.P. für das AntifaZ-Blatt zum 1. Mai 1993, das ich dort mitnehmen konnte, spreche ich Sie an, nur um "Danke schön" zu sagen für die zusammengestellten Informationen.

Ich weiß, daß dies nicht nur Mühe macht, sondern auch immer Engagement kostet und daß dieses Engagement genährt werden muß durch Erfolgserlebnisse = positive Effekte. Sie haben mir klarer gemacht, wie verbreitet faschistisches Denken bei uns ist. Danke schön !

Vergleichbares erlebe ich hier als katholisch kirchliches Tun. Im Kampf dagegen kann ich Ihre Informationen gebrauchen.

Mit freundlichem Gruß

E. Fremerey



## HERR DOKTOR...

Herr Doktor, die Periode...

Na, freun Sie sich doch man

Daß die Bevölkerungsquote

Mal'n bißchen wachsen kann.

Herr Doktor, ohne Wohnung...

Na, 'n Bett wern Sie wohl noch ham

Da gönn'n Sie sich 'n bißchen Schonung

Und halten sich 'n bißchen stramm.

Da sind Sie mal 'ne nette kleine Mutter

Und schaffen mal 'n Stück Kanonenfutter

Dazu ham Sie 'n Bauch und das müssen Sie auch

Und das wissen Sie auch

Und jetzt keinen Stuß

Und jetzt werden Sie Mutter und Schluß.

Herr Doktor, 'n Arbeitsloser

Daß der nicht 'n Kind haben kann...

Na, Frauchen, so was is'n bloßer

Antrieb für Ihren Mann.

Herr Doktor, bitte ... Frau Renner

Da kann ich Sie nicht verstehen

Seh'n Sie, Frauchen, der Staat braucht Männer

Die an der Maschine stehn.

Da sind Sie mal 'ne nette kleine Mutter

Und schaffen noch 'n Stück Maschinenfutter

Dazu ham Sie 'nen Bauch, und das müssen Sie auch

Und das wissen Sie auch

Und jetzt keinen Stuß

Und jetzt werden Sie Mutter und Schluß.

Herr Doktor, wo soll ich denn liegen...

Frau Renner, quasseln Sie nicht

Erst wollen Sie das Vergnügen

Und dann wolln Sie nicht Ihre Pflicht.

Und wenn wir mal was verbieten

Dann wissen wir schon, was wir tun

Und drum sein'n Sie mal ganz zufrieden

Und lassen Sie das mal unsere Sache sein, ja? Und nun

Seien Sie mal 'ne nette kleine Mutter

Und schaffen mal 'n Stück Kanonenfutter

Dazu ham Sie 'n Bauch und das müssen Sie auch

Und das wissen Sie auch

Und jetzt keinen Stuß

Und jetzt werden Sie Mutter und Schluß.

Bertolt Brecht